

Juni 2014

Heft 21



resPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK



HOMOSEXUALITÄT UND FAMILIE

KINDER, ELTERN, ANGEHÖRIGE

MANIFEST
Recht auf Sichtbarkeit

FUßBALL
Gegen Ausgrenzung

GAY & GRAY
Seniorenarbeit verbessern

HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG



Foto: Caro Katatz

12-13

LSVD-Verbandstag
Mitgliederversammlung,
Gäste, Vorstand



Grafik: Scholz & Friends

14-18

**hirschfeld-
eddy-stiftung!**

Hass-Gesetze
Mutige Stimmen aus
Afrika

Verfolgerstaaten
Gelder umleiten

Lesben und Transgender
Projektstart in Kapstadt

Jacques-Teyssier-Preis
Wertschätzung für
Einsatz

100% Mensch
Benefizsong

Inhalt

bundesverband!

- 5 Freiheit ist ansteckend**
Berliner Manifest gegen
Homophobie
- 6 Geschlecht als Recht**
Transgender und Intersexuelle
- 26 Nachruf**
Erinnerung an Corrie Peters

familie!

- 7 Regenbogenfamilien**
Plädoyer für mehr Engagement
- 8 Regenbogenkompetenz**
Fachbuch zur Sozialen Arbeit
- 9 Spätes Coming-out**
Studie zeigt Beratungsbedarf
- 10 Adoptionsrecht**
Zaghafte Reform der Regierung
- 11 Familienpolitik**
Interview mit Gudrun Zollner
- 25 Kinderfreundlich**
Städte für Regenbogenfamilien

länder!

- 19 Keine Diskriminierung**
Aktionsplan in Schleswig-Holstein
- 20 Antirassismus**
Turnier gegen Menschenfeindlichkeit
- 21 Rote Karte**
Vereine gegen Homophobie
- 22 Kein Platz für Homoheiler**
Paritätischer reagiert
- 23 Auf dem Lehrplan**
Respekt für Vielfalt in der Schule
- 24 Älter werden**
Gemeinsam gegen einsam

rubriken!

- 2 Impressum**
- 3 Editorial**
- 4 Pressespiegel**



Impressum: respekt! • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik • ISSN 1431-701X • Herausgegeben vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Redaktion: Renate Rampf (Hauptverantwortliche und V.i.S.d.P.), Günter Dworek, Eva Henkel, Axel Hochrein, Klaus Jetz, Markus Ulrich • **Weitere Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:** Ilka Borchardt, Manfred Bruns, Konstanze Gerhard, Hasso Müller-Kittkau, Martin Pfarr, Heiko Reinhold, Christian Rudolph, Uta Schwenke, Torsten Siebert, Olaf Steinmetz • **Grafik & Layout:** Franka Braun • **Titelfoto:** Marie-Andrée Fallu • **Druck:** Druckteam Berlin • **Auflage:** 12.000 • **Redaktionsanschrift:** LSVD-Hauptstadtbüro, Chausseestraße 29, 10115 Berlin • **E-Mail:** presse@lsvd.de • **Internet:** www.lsvd.de, www.lsvd-blog.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2014. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Spendenkonto:** LSVD, IBAN: DE30370205000007086800

Mitglieder des LSVD bekommen die respekt! automatisch zugeschickt. Die Eintrittskarte in den LSVD finden Sie auf Seite 26.

Im Familienstammbaum

Familie ist, wo Kinder sind – eine kluge Formel, die nicht ausgrenzt. Und Kinder – das sagen uns zumindest unsere Eltern – sind wir gewissermaßen ein Leben lang. Kinder bleiben Kinder, auch dann, wenn sie schon aus dem Haus sind.

Regenbogenfamilien – der Begriff meint in vielen Sprachen die Familien, in denen Schwule und Lesben Verantwortung für Kinder übernehmen, es also mindestens einen sozialen oder biologischen Elternteil gibt, der homosexuell ist.

Es gibt eine unsäglich lange Tradition der Ausgrenzung von Homosexuellen aus der Lebensform Familie. Regenbogenfamilien sind dagegen das Symbol für den neuen Anfang. Deshalb ist das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein solches Politikum: Männer und Frauen, denen gleiche Rechte am Herzen liegen, engagieren sich für das volle Adoptionsrecht, egal ob sie homosexuell sind oder sich selber Kinder wünschen. Denn sie wollen nicht, dass die Kerninstitution der Gesellschaft, die Familie, als Instrument der Ausgrenzung dient.

Unerwartet wie der Regenbogen erscheint in mancher Familie plötzlich das Thema Homosexualität. Eine Lehrerin, die in ländlicher Umgebung lebt, verliebt sich, nachdem die Kinder aus dem Haus sind, in eine Frau. Sie lässt sich von ihrem Mann scheiden und verpartnert sich. Bei Familienfeiern kommt nun eine Regenbogenfamilie zusammen, auch wenn das gar nicht so geplant war. Das Coming-out, das nicht in der Jugend, sondern eher in der Mitte des Lebens geschieht, nennen wir Spätes Coming-out. Es ist für die Angehörigen nicht einfach, weil sich damit Identitäten und das familiäre System verändern.

Historisch spät stellt sich heute die Herausforderung, Homosexualität und Familie systematisch in die Gesellschaft zu integrieren. Dass Schwulsein in der Schule ein Thema ist oder dass Sportlerinnen lesbisch sein können, das ist bei den meisten schon angekommen. Die Familie aber wird nach wie vor als heterosexuelle Keimzelle inszeniert, bei der Schwule und Lesben außen vor sind. Den schwulen Onkel oder Großvater, die lesbische Mutter oder Cousine institutionell, sozial und symbolisch als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft zu verstehen, dieser Schritt liegt noch vor uns.

Auch da ist die Familie gefragt: Man erwartet von Eltern, dass sie begeistert von ihren Kindern erzählen. Das ist ihre Aufgabe und sie mögen das bitte doch auch tun, wenn es um schwule und lesbische Kinder geht. Wenn Eltern schweigen, wo gesellschaftlich das Schwärmen erwartet wird, ist die Botschaft: Mir ist das peinlich. Dabei ist es den meisten Eltern gar nicht unangenehm, sie halten sich eher vornehm zurück. Wir wollen sie deshalb an ihre familiären Pflichten erinnern: Macht Werbung für uns! Zeigt, dass Ihr für Eure Kinder einsteht. Erzählt, dass der Partner wie ein zweiter Sohn ist, wie gut sich die beiden Frauen verstehen, wie lustig es ist, wenn Rollenbilder verwirrt werden und nur die Liebe zählt.

Wenn Schwule und Lesben über Homosexualität sprechen, klingt das vielen nach Eigennutz. Wenn Eltern und Geschwister über ihre homosexuellen Verwandten sprechen, klingt das nach Familie. Die Gesellschaft braucht in Stadt und Land das Coming-out der Verwandten: Liebe Angehörige, bitte sprecht über uns!

Renate Rampf





8. Mai 2014: Kirchgeld für Schwule und Lesben: Diskriminierend?

Kirchgeld zahlen "Ja", aber kirchliche Gleichstellung weiterhin „Nein“? Das findet der Lesben- und Schwulenverband ungerecht: „Entweder muss die Kirche sagen: Nein, (die Gleichstellung) gilt nicht, dann wollen wir auch das Kirchgeld nicht. Oder sie wollen das Kirchgeld haben, dann müssten sie auch die Partnerschaft als Ehe anerkennen“, **Hasso Müller-Kittau**, Lesben- und Schwulenverband Saar.

Deutschlandradio Kultur

Ein Programm
von Deutschlandradio

11. April 2014: Ein Zeichen gegen Homophobie im Fußball

In Berlin arbeiten der örtliche Fußballverband und der **Lesben- und Schwulenverband Deutschlands** zusammen, um das Thema Homosexualität in die Öffentlichkeit zu tragen. Zurzeit haben sie Besuch aus der Türkei - einen schwulen Schiedsrichter, der nach seinem Coming-out seinen Beruf nicht mehr ausüben darf.

DIE WELT

19. Februar 2014: Iranische Ikone bricht ein Tabu

Die Exil-Iranerin **Katayun Pirdawari**, die ehrenamtlich für den Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg im Vorstand sitzt, kennt die Situation im Iran nur zu gut. Für sie ist das Video eine Sensation. „Ich glaube, nicht nur mir, sondern auch vielen anderen Leuten kamen die Tränen“, sagt sie. „Meine Ikone und Traumfrau kämpft plötzlich für mich.“ Für die 51-Jährige, die 1977 nach Deutschland kam und offen damit umgeht, dass sie eine lesbische Partnerschaft führt, ist das Video von Googoosh sehr bedeutsam. „Es ist bombastisch, dass jemand, der so etabliert ist, sich für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender einsetzt. Sie bringt uns Toleranz bei und dass jegliche Art von Liebe zu unterstützen ist“, sagt Pirdawari, die mit der Musik von Googoosh aufgewachsen ist.

29. Januar 2014: Verein bietet „Heilung“ von Homosexualität an

Kritik an den von Ritter vertretenen Thesen kommt vom Lesben- und Schwulenverband in Sachsen-Anhalt. Dessen Sprecher **Martin Pfarr** sagte dem MDR Sachsen-Anhalt: „Das halte ich schlichtweg für menschenverachtend. Das wird auch einhellig von allen psychologischen und psychiatrischen Fachverbänden abgelehnt.“

Hamburger Morgenpost

1. Februar 2014: Schwule und Lesben demonstrieren gegen Russlands Politik

Schwule und Lesben sind am Sonnabendnachmittag in Hamburg auf die Straße gegangen. Der **Lesben- und Schwulenverband Hamburg** rief wenige Tage vor Beginn der Olympischen Winterspiele in Sotschi zum Protest gegen das Homosexuellen-Propaganda-Gesetz und Menschenrechtsverletzungen in Russland auf. Rund 150 Menschen versammelten sich (...) vor der russisch-orthodoxen Kirche am Tschaikowskyplatz. Auf ihren Plakaten standen Sätze wie „Liebe ist keine Propaganda“ oder „Liebe ist ein Menschenrecht - in Russland und überall“. Viele trugen Putin-Masken und Schilder, auf denen die Olympischen Ringe als Handschellen dargestellt waren.

die tageszeitung

7. März 2014: „Klerikalfaschistische“ Dresdener Rede: Lewitscharoff bedauert ein bisschen

„Das ist ein fieser Angriff auf alle Familien, die wie viele Regenbogenfamilien auf dem Wege der Insemination Kinder bekommen“, erklärte **Renate Rampf** für den Lesben- und Schwulenverband in Berlin. Als Schriftstellerin wisse Lewitscharoff, was Worte anrichten könnten. „In diesem Wissen spricht sie den Kindern die Würde ab. Das ist nicht dämlich, sondern Hass – eine Sprache, die wir sonst nur von Verwirrten oder Fundamentalisten kennen.“

ROSTOCKER JOURNAL
Unabhängiges Nachrichtenportal für die Hansestadt und Umgebung

22. März 2014: Regierung setzt sich für Akzeptanz sexueller Vielfalt ein

Bis Ende 2015 solle ein Landesaktionsplan gegen Diskriminierung und Ausgrenzung entstehen, kündigte das Sozialministerium an. Für Samstag sei ein erstes Treffen von Interessenverbänden dazu in Rostock geplant. Initiator ist der **Lesben- und Schwulenverband des Landes «Gaymeinsam»**.

20. März 2014: Schwesig kritisiert Homo-Schul-Debatte

Bundesfamilienministerin **Manuela Schwesig** (SPD) hat auf einer Fachtagung die Gegner der Lehrplanreform in Baden-Württemberg scharf attackiert. Diese würden so tun, als ob die Aufnahme des Themas „Sexuelle Vielfalt“ in den Lehrplan dazu führen könnte, „dass Kinder zu Homosexuellen erzogen werden“. (...) Schwesig kündigte an, sich intensiv für eine Gleichstellung Homosexueller einsetzen zu wollen. (...) Der Kampf gegen „Homo- und Transphobie“ sei „genauso wichtig“ wie der Kampf gegen Rechtsextremismus. Die Familienministerin war zu Gast bei einer Fachtagung des **Lesben- und Schwulenverbands LSVD** zum Thema „Homosexualität in der Familie“ in Berlin. So heißt auch ein Projekt des LSVD, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird.

DER TAGESSPIEGEL

10. März 2014: Abschaffung des Paragraphen 175 - das Ende der Schande

Der Paragraph, den der Bundestag in Bonn am 10. März 1994 beinahe sang- und klanglos aus dem Strafgesetzbuch strich, war nur noch ein Restbestand, aber auch dies letzte Stück Wegs war hart, sagt **Manfred Bruns**. „Intern gab es vorher heftige Kämpfe.“ Die an den Runden Tischen versammelten Bürgerrechtler hatten 1990 durchgesetzt, dass im Osten das liberalere DDR-Recht zu Abtreibung und Homosexualität angewandt wurde. Dadurch entstand gespaltenes Recht im neuen Deutschland. „Das konnte so nicht bleiben, nur deshalb fiel der Paragraph 175.“ Und jener 10. März hat bis heute Bedeutung, findet Bruns. „Nachdem der 175 weg war, konnte man anfangen, über Lebenspartnerschaften zu reden.“

Neues Deutschland

6. März 2014: Bärenstark gegen Rechts

Damit nicht immer dieselben Menschen gegen die NPD demonstrieren, will das Netzwerk »Berlin gegen Nazis« verschiedene Akteure zusammenbringen und auch als Mobilisierungsplattform fungieren. (...) Die Kooperation sei ein gutes Beispiel dafür, wie man »sympathisch« für das gemeinsame Anliegen werben und dabei Bilder in die Welt setzen könne, lobt **Jörg Steinert**, Geschäftsführer des »Lesben- und Schwulenverband (LSVD)« in Berlin-Brandenburg, dessen Verband ebenfalls Partner des Netzwerks ist.

Freiheit, Gleichheit und Respekt

Berliner Manifest gegen Homophobie und Transphobie

Ungleiche Welt: Während immer mehr Länder die Ehe öffnen, kommt es anderenorts zur weiteren Brutalisierung ohnehin schon grausamer Strafgesetze gegen Homosexualität, z.B. in Uganda oder Nigeria. In Russland beflügelt die Unterdrückungsgesetzgebung Gewaltexzesse gegen Homosexuelle. Putins homophobe Politik findet dennoch Beifall bei Erzkonservativen und religiösen Fundamentalisten auch im Westen. Es gibt eine neue Internationale der Homophoben, die Antihomosexualität als Mittel der Politik (wieder-)entdeckt haben und eifrig davon Gebrauch machen.

Auch in Deutschland sind Homophobie und Transphobie weiter virulent. Fast 200.000 Menschen haben eine Petition unterschrieben, die sich gegen eine angemessene Thematisierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen im Schulunterricht wendet. CDU, FDP und AfD in Baden-Württemberg unterstützen die Proteste. So manche „Qualitätszeitung“ öffnet ihre Kommentarspalten für Autoren, die Lesben und Schwule als „Fehler der Natur“ beschimpfen. In den Bestsellerlisten findet sich ein Buch mit dem sprechenden Titel „Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer“.

Dabei sollte freilich nicht übersehen werden: Laut Meinungsforschern gibt es in Deutschland weiter eine erfreulich stabile Mehrheit für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen. Allerdings ist diese außerhalb von Meinungsumfragen leider oft eine eher schweigende Mehrheit. Und da liegt das Problem. Die Homophoben sind eine Minderheit, aber eine schrille und aktive Minderheit, die jetzt Morgenluft wittert.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass um Werte wie Freiheit, Gleichheit und Respekt täglich neu gerungen werden muss. Dies breit und systematisch anzugehen und dafür Bündnispartner zu finden, wird eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre sein. Deshalb hat der LSVD im April das Berliner Manifest gegen Homophobie und Transphobie verabschiedet. Es beschreibt Standards für eine freie Gesellschaft, die allen Menschen garantieren muss, jederzeit an jedem Ort ohne Angst und Anfeindung verschieden sein zu können.

Recht auf Sichtbarkeit

Dazu zählt ein Recht auf gleiche Sichtbarkeit. Von Lesben und Schwulen wird gern gefordert, ihre „sexuelle Neigung“ habe privat zu bleiben. Bei einem öffentlichen Coming-out wird über „Zurschaustellung“ geklagt. Die gleichen Kritiker finden aber nicht das Geringste dabei, wenn sich heterosexuelle Ehepaare öffentlich inszenieren, wenn z.B. in Wahlkämpfen stolz die Gattin und der Nachwuchs präsentiert werden. Homophobe kämpfen für Ungleichheit: Sie selbst wollen sich im öffentlichen Leben frei und expressiv bewegen können, wir sollen im stillen Kämmerlein bleiben.

Sichtbarkeit ist auch der zentrale Punkt in der Auseinandersetzung um Bildungspläne. Homophobe schreien „Umerziehung“, wenn in der Schule gesellschaftliche Vielfalt nicht mehr tabuisiert werden soll. Denn sie möchten nicht, dass ihre Kinder eine eigene Meinung entwickeln, sondern wollen ihr vordemokratisches Weltbild fortpflanzen, in dem Anderslebende und Andersliebende keinen legitimen Platz haben.

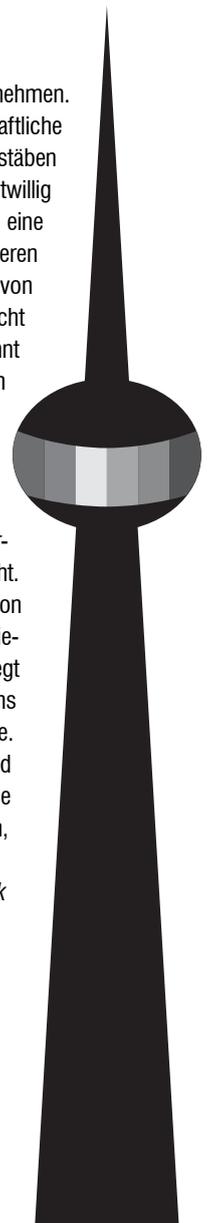
Verantwortung für Werte

Die Medien müssen ihre Verantwortung ernster nehmen. Sie sollen und müssen Meinungsvielfalt und gesellschaftliche Debatten abbilden, aber sie müssen mit gleichen Maßstäben messen. Würden öffentlich-rechtliche Anstalten bereitwillig Propagandisten Sendezeit zur Verfügung stellen, die eine christliche Orientierung von Eltern als Gefahr für deren Kinder diffamieren? Entsprechende Herabsetzung von Lesben und Schwulen gilt dagegen offenbar als „nicht so schlimm“ oder scheint gar nicht als solche erkannt zu werden. Medien müssen hierfür ein Sensorium entwickeln.

Die demokratische Antwort auf homophobe Mobilisierung muss volle Gleichstellung heißen. Aber Kanzlerin Merkel hat damit nach eigenem Bekunden persönliche Schwierigkeiten, gerade beim Adoptionsrecht. Da sind wir wieder beim alten Schreckgespenst von Schwulen und Lesben als Gefahr für die Kinder. An diesem Punkt, und das muss man so deutlich sagen, bewegt sich Frau Merkel letztlich eher in der Gedankenwelt Putins und nicht in der von Obama, Cameron oder Hollande. Wir sollten die Konservativen bei Ehe, Adoption und Diskriminierungsschutz im Grundgesetz mit der Frage konfrontieren: Welche Werte vertritt Ihr hier eigentlich, demokratische Werte oder die von Putin?

Günter Dworek

Manifest im Wortlaut:
www.lsvd-blog.de/?p=7303



Transgender und Intersexuelle

Angleichung des rechtlichen Geschlechts

Das Transsexuellengesetz ist 43 Jahre alt. Damals wollte der Gesetzgeber unbedingt verhindern, dass durch die rechtliche Änderung des Vornamens und/oder des Geschlechts von Transsexuellen der Eindruck entsteht, dass es in Deutschland gleichgeschlechtliche Ehen gibt. Außerdem ging man damals zu Unrecht davon aus, dass alle Transsexuellen heterosexuell orientiert sind, dass also eine Mann-zu-Frau-Transsexuelle sich nur zu Männern hingezogen fühlt und ein Frau-zu-Mann-Transsexueller nur zu Frauen. Deshalb wurde das Transsexuellengesetz entsprechend restriktiv formuliert.

Das Bundesministerium des Innern arbeitet seit 14 Jahren an einer Reform des Transsexuellengesetzes. Seine Reformvorschläge waren aber immer so rückwärtsgewandt formuliert, dass sie von den Verbänden der Betroffenen empört abgelehnt worden sind. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht alle wesentlichen Vorschriften des Transsexuellengesetzes für verfassungswidrig erklärt. Transsexuelle brauchen deshalb für die Änderung ihres Vornamens und/oder die rechtliche Änderung ihres Geschlechts „nur noch“ zwei Gutachten von Sachverständigen beizubringen.

Geschlechtsangleichung muss einfacher werden

In Argentinien ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Dort reicht der bloße Antrag aus. In der vergangenen Legislaturperiode hatte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vergeblich beantragt, die argentinische Antragslösung für Deutschland zu übernehmen (BT-Drs. 17/2211 v. 16. 06. 2010).

Dagegen bestehen Widerstände. Offenbar befürchtet man, dass zu viele Bürger ihr Geschlecht wechseln, wenn dazu ein bloßer Antrag ausreicht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Der Wechsel des Geschlechts ist für die Betroffenen durchweg mit schwerwiegenden sozialen Nachteilen verbunden (Verlust des Arbeitsplatzes und dauernde

Arbeitslosigkeit, vielfache Diskriminierungen und Mobbing, Überfälle und gewalttätige Übergriffe). Zu einem rechtlichen Wechsel des Geschlechts entschließen sich deshalb nur Menschen, die wegen der falschen Geschlechtszuordnung unter hohem Leidensdruck stehen.

Das gilt auch für intersexuelle Menschen. Normalerweise werden Neugeborene aufgrund ihrer äußeren Geschlechtsorgane dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeschrieben. Das ist bei Intersexuellen schwierig oder unmöglich oder es stellt sich später heraus, dass die ursprüngliche Zuordnung falsch war. In solchen Fällen wurde bisher durch Operationen oder Hormongaben versucht, die Betroffenen einem Geschlecht zuzuordnen. Das geschah natürlich ohne Einwilligung der Kinder und auch ihre Eltern wurden oft nur unzureichend oder überhaupt nicht über die Folgen solcher Eingriffe und Behandlungen aufgeklärt.

Welche schwerwiegenden Folgen solche Eingriffe haben können, ist der Öffentlichkeit erst bewusst geworden, seitdem sich die Betroffenen selbst zu Wort gemeldet haben. Die Diskussion gipfelte in einem eindrucksvollen Gutachten des Deutschen Ethikrates (BT-Drs. 17/9088 v. 14.02.2012), in dem er die Situation von inter-

sexuellen Menschen umfassend bewertet und Vorschläge für eine Verbesserung ihrer schwierigen Lage gemacht hat.

Rechtssystem ist zweigeschlechtlich

Als Folge dieses Gutachtens hat es der Gesetzgeber zugelassen (§ 22 Abs. 3 PStG), dass ein Kind ohne Geschlechtsangabe in das Geburtenregister eingetragen wird, wenn es weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann. Das ist ein Bruch mit unserem ausschließlich zweigeschlechtlich geprägten Rechtssystem.

Aus der neuen Vorschrift ergibt sich für intersexuelle Menschen eine Reihe von Folgeproblemen, die dringend durch den Gesetzgeber gelöst werden müssen. So ist z.B. völlig ungeklärt, welche rechtlich abgesicherte Partnerschaft Menschen eingehen können, für die sich aus dem Geburtenregister nicht ergibt, ob sie weiblichen oder männlichen Geschlechts sind. Eine Ehe oder eine Lebenspartnerschaft mit einem Mann oder einer Frau scheinen rechtlich nicht möglich zu sein, weil intersexuelle Menschen ohne Geschlechtseintrag im Geburtenregister rechtlich weder Mann noch Frau sind.

Wir haben deshalb das Bundesministerium des Innern aufgefordert, Vorschläge für ergänzende und klarstellende gesetzliche Regelungen zu § 22 Abs. 3 PStG zu erarbeiten, und zugleich die Probleme benannt, die geregelt werden müssen. Dazu ist das Bundesministerium des Innern nicht bereit. Es versucht stattdessen, die neue Regelung mit der Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz zu „entschärfen“. Dagegen haben wir protestiert und das Bundesministerium des Innern aufgefordert, die Arbeit des Gesetzgebers nicht wieder – wie bei den Transsexuellen – dem Bundesverfassungsgericht zu überlassen.



Grafik: Franke Braun

Manfred Bruns

Wo Kinder geliebt werden, wachsen sie gut auf

Dritte Europäische Regenbogenfamilienkonferenz in Köln

Es kamen 180 Erwachsene und 90 Kinder aus 18 Ländern – die dritte Europäische Regenbogenfamilienkonferenz „Different families, same schools“ in Köln war etwas ganz Besonderes: Bei der von LSVD, Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Network of European LGBT Families Associations (NELFA) organisierten Veranstaltung wurde vier Tage lang in Fachforen, Vorträgen und Workshops insbesondere darüber diskutiert, welche Erfahrungen Regenbogenfamilien in Europas Schulen machen und wie dort mehr Offenheit und Vielfalt verankert werden können.

Schule darf nicht ausgrenzen

Denn einerseits berichten Jugendliche aus Regenbogenfamilien, wie unaufgeregt und beinahe „schrecklich normal“ es ist, mit zwei Müttern oder Vätern aufzuwachsen. Der Alltag läuft auch nicht viel anders ab als in heterosexuellen Familien. Andererseits verweisen während der Konferenz vorgestellte Studien und Erfahrungen darauf, dass Schulen oftmals heteronormativ geprägte Orte sind und Homo- und Transphobie dort zur Tagesordnung gehören. Das wirkt sich natürlich auf den Lernerfolg aus. Neben Kindern aus Regenbogenfamilien betrifft das auch lesbische, schwule und transgeschlechtliche Jugendliche sowie heterosexuelle Schülerinnen und Schüler, die bestimmten Geschlechternormen nicht entsprechen. Klar ist: Auch in Kindergärten und Grundschulen muss jedes Kind selbstverständlich über sich und seine Familie sprechen können. Alle Kinder sollten sich ausprobieren können, ohne Einschränkung durch Geschlechterstereotype. Sie dürfen keine Angst haben, sie selbst zu sein.

Lehrpläne, Unterrichtsmaterial und Schulbücher sind oftmals veraltet. Statt gesellschaftliche Vielfalt als Unterrichtsthema abzubilden, tauchen die Lebensweisen von Lesben, Schwulen und Transgender dort zumeist nicht auf. Hier ist die Politik gefragt. Ebenso bei der Ausbildung von pädagogischem Personal. Lehrkräfte müssen darauf vorbereitet werden, Vielfalt als Unterrichtsthemen einfließen zu lassen, selbstverständlich auf Fragen antworten zu können und kompetent bei Mobbing zu intervenieren. Sie stehen in der Pflicht, auch

präventiv gegen Ausgrenzung einzutreten. Allerdings brauchen sie dafür den Rückhalt von Schulleitung und Politik. Daher muss Respekt für Vielfalt offensiv zum Leitbild und zur Außendarstellung der Schule gehören und durch Projektstage und Unterrichtsinhalte gefördert werden. Mit Good-Practice-Beispielen und Wettbewerben könnten engagierte Schulen be- und anerkannt werden.

Lesbischen, schwulen und transgeschlechtlichen Eltern wird geraten, selbstbewusst zu ihrer Familie zu stehen. Sie sollten dem Druck widerstehen, der heterosexuellen Außenwelt zu beweisen, dass sie die perfekten Eltern sind. Geben sie ihren Kindern Zuneigung und Sicherheit, dann lässt sich auch mal ein blöder Spruch wegstecken. Eltern können Kindergarten und Schule bewusst prüfen und nachfragen, wie in den Einrichtungen Vielfalt vermittelt und mit homo- und transphoben Einstellungen umgegangen wird. Sie können dabei auch ihre Expertise zum Thema Familienvielfalt anbieten, Bücher spenden, sich in die schulischen Elternaktivitäten einbringen und gegen Mobbing auch Verbündete unter den heterosexuellen Eltern suchen. Ein guter Kontakt zwischen Eltern und Lehrkräften hat enormen Einfluss darauf, wie sicher sich die Kinder in ihrem schulischen Umfeld fühlen.

Denn die Botschaft ist doch eigentlich ganz einfach: „Wo Kinder geliebt werden, wachsen sie auch gut auf. Und wo Kinder sind, da ist Familie. Die sexuelle Orientierung der Eltern ist dabei nicht entscheidend“, so die Bundesfamilienministerin und Schirmherrin der Veranstaltung Manuela Schwesig. In ihrem Grußwort rief sie dazu auf, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass Regenbogenfamilien in ganz Europa als Normalität und Realität anerkannt werden.

Alle, Schulleitung, Lehrkörper, Eltern und Lernende müssen dazu beitragen, dass die Schule zu einem sicheren Ort wird. Bevor Dr. Lisa Green (NELFA) und Dr. Elke Jansen (LSVD-Regenbogenfamilienprojekt), den Stab für die nächste Konferenz 2015 an Italien übergaben, betonte LSVD-Bundesvorstand Axel Hochrein vor den anwesenden Familien: „Eure Kinder sind Botschafter für eine weltoffene Gesellschaft.“

Markus Ulrich

www.lsvd-blog.de/?tag=regenbogenfamilien



Fotos: Marie-Andrée Fallu

Homosexualität in der Familie

LSVD-Handbuch für familienbezogenes Fachpersonal erschienen

Bis heute ist das Coming-out in der Familie, vor Eltern, Partnerinnen und Partnern, Kindern und weiteren Verwandten, einer der schwierigsten Schritte. Ist er geschafft, müssen sich nun diese Familienmitglieder mit ihrem Coming-out als Angehörige auseinandersetzen. Zwar gibt es zumindest in den Großstädten Coming-out-Beratungsstellen für Homosexuelle. Für heterosexuelle Angehörige sind dagegen Selbsthilfegruppen die Einrichtungen der Familiensozialarbeit wichtige und neutrale Anlaufstellen. Allerdings werden soziale Fachkräfte in Aus-, Fort- und Weiterbildung kaum auf Fragen der sexuellen Identität vorbereitet, geschweige denn auf die Konfrontation mit möglichen Vorurteilen der Angehörigen von Lesben und Schwulen.

In Fortbildungen zum Thema werden wenigstens zwei Aspekte als Chancen und als Schwierigkeiten zugleich deutlich, mit denen sich Fachleute der Sozialen Arbeit auseinandersetzen müssen: der Anspruch, als Fachkraft vorurteilsfrei zu sein, und die parallel bestehenden persönlichen Unsicherheiten und Stereotype über Homosexualität und ein Coming-out. Nur wenn diese beiden Felder gleichermaßen bearbeitet werden, können Angehörige von Lesben und Schwulen bei ihrem eigenen Coming-out kompetent und professionell begleitet werden.

Aus diesen Erfahrungen des LSVD-Projekts „Homosexualität und Familien“ ist unser Handbuch „Homosexualität in der Familie“ entstanden. Es wendet sich vorrangig an (werdende) Fachleute der Sozialen Arbeit, sei es in der Ehe-, Familien-, und Lebensberatung, Erziehungsberatung, Schulsozialarbeit oder im Jugendamt. Aber auch Selbsthilfeorganisationen sowie niedrigschwellige und weiterführende Bildungseinrichtungen wie Familienzentren und Hochschulen sind Adressaten. Das Handbuch setzt bei der Frage an, welche Bilder, Stereotype und Vorurteile für den Themenkomplex Homosexualität und Familie von Bedeutung sind und wie Stereotype und Vorurteile in der Sozialen Arbeit wirken. Nach Einführung des Konzepts Regenbogenkompetenz und Erfahrungen der Teilnehmenden aus unseren Fortbildungen und von Kooperationspartnern widmen wir uns drei Schwerpunktthemen aus-

führlicher: Die erste deutschsprachige Studie zu „Umgangsweisen mit einem Späten Coming-out“ wird vorgestellt. Die „Rolle ohne Skript“ von Großeltern in Regenbogenfamilien wird unter dem Aspekt der verschiedenen Herausforderungen betrachtet, die mit dem Wunsch nach Enkelkindern für Eltern von Lesben und Schwulen verbunden sind. Der Beitrag zu Homosexualität im Kontext von Migration beschäftigt sich mit der Komplexität von Fremdheitserfahrungen, wie sie nicht nur Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund machen, sondern auch ihre Angehörigen.

Konglomerat aus drei Jahren Projektarbeit

Das Handbuch bietet einen theoretischen Rahmen zum Thema Vorurteile und Stereotype sowie Fachinformationen zu beispielhaften Familienthemen. Darüber hinaus enthält es vor allem praxisorientierte Handreichungen für Reflexionsübungen und Anregungen, wie die eigene Beratungs- oder Bildungseinrichtung sich für Fragen der sexuellen Vielfalt öffnen kann, was es braucht, damit dies für die Klientinnen und Klienten auch sichtbar und erfahrbar wird. Wir haben dafür die Erfahrungen aus fast drei Jahren Projektarbeit und ca. 80 Veranstaltungen als eine Sammlung aus Informationen, Methoden und Anregungen zur Umsetzung aufbereitet. Mit Unterstützung von Gastbeiträgen aus unserem wissenschaftlichen Beirat soll dieses Handbuch helfen, die Grundlagen der Regenbogenkompetenz in der Sozialen Arbeit mit Familien zu legen.

Das Handbuch entstand im Rahmen des vom LSVD Familien- und Sozialvereins durchgeführten Modellprojekts „Homosexualität und Familien“. Das Projekt wurde von 2011 bis 2014 vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) gefördert.

Es kann kostenfrei unter bildung-beratung@lsvd.de bestellt oder digital heruntergeladen werden unter www.homosexualitaet-familien.de

*Ilka Borchardt und Heiko Reinhold,
Projekt „Homosexualität und Familien“*



Homosexualität in der Familie
LSVD-Handbuch für familienbezogenes
Fachpersonal erschienen

Neue Adresse des LSVD

Die LSVD-Bundesgeschäftsstelle in Köln ist umgezogen. Die neue Anschrift für den LSVD-Bundesverband, LSVD NRW und LSVD Köln lautet: Hülchrather Str. 4, 50670 Köln

Spätes Coming-out

Studie zeigt Notwendigkeit der Familienarbeit

Wenn vom Coming-out die Rede ist, denken die meisten an Probleme von Jugendlichen, vielleicht auch noch an die Schule oder die Eltern. Aber viele Menschen haben nach der Familienphase ein Coming-out oder einfach in späteren Jahren des Lebens. Wir sprechen in diesem Zusammenhang vom „Späten Coming-out“. Das Interesse an dem Phänomen ist groß, es gab aber bislang wenig systematische Untersuchungen dazu. Der LSVD konnte im Rahmen des Projekts „Homosexualität und Familien“ zu diesem Thema eine Studie in Auftrag geben. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Modellprojekt geförderte Projekt, das von 2011-2014 bundesweit läuft, hat Prof. Dr. Melanie Steffens und Dr. Janine Dieckmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena) mit der Durchführung der Studie beauftragt. Schwerpunkt sind die Umgangsweisen von Angehörigen mit dem Späten Coming-out eines homosexuellen Familienmitglieds.

Wie gehen Partnerinnen und Partner, Eltern und Schwiegereltern, Geschwister und Kinder mit dem Coming-out eines erwachsenen Angehörigen um? Insgesamt 186 Personen antworteten dazu ausführlich. Schon dieses relativ kleine Sample illustriert die Bandbreite der Reaktionen und Umgangsweisen und ermöglicht einen Vergleich zwischen den Angehörigengruppen, auch wenn damit kein Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden kann. Dafür müsste die Grundgesamtheit der von einem Späten Coming-out betroffenen Personen bekannt sein.

„Mein Weltbild wurde auf den Kopf gestellt“

Auffällig an der Zusammensetzung der Befragten ist die geringere Beteiligung von Männern. Dabei war die Gruppe der Väter (6) besonders klein und wird in der Studie daher nicht gesondert erfasst. Auch die Stichprobe der Partner (10) war klein, sie geht aber, wo es keine Unterschiede zu Partnerinnen gibt, in die Auswertung ein. An der Studie beteiligt haben sich am meisten Kinder von Spätgeouteten (56), gefolgt von Partnerinnen und Partnern (51), Geschwistern (49) und Eltern (30).

Im Vergleich zu den anderen Angehörigen war für Partnerinnen und Partner das Späte Coming-out am schwierigsten. So stimmten 84% der befragten Partnerinnen und Partner der Aussage „Mir wurde der Boden unter den Füßen weggerissen“ zu und 51% der Aussage „Mein Weltbild wurde auf den Kopf gestellt“. Bei den Kindern gab es dazu nur 25% Zustimmung, bei den Eltern 17% und bei den Geschwistern nur 2%.

Hinsichtlich der ersten Reaktionen und im heutigen Umgang gibt es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Angehörigengruppen, aber auch zwischen den Geschlechtern. Nur 60% der Partnerinnen und Partner stellen für sich heute einen passenden Umgang fest, bei den Geschwistern sind es 91% der Schwestern (Brüder 73%) und bei Kindern 84% der Töchter (Söhne 77%). Partnerinnen und Partnern fällt also bis heute der Umgang schwerer als allen anderen. Ihre besondere Situation wird auch daran deutlich, dass sie ein größeres Informationsdefizit empfunden und sich auf verschiedene Weise über Homosexualität informiert haben. Partnerinnen und Partner haben auch am häufigsten Selbsthilfegruppen oder professionelle Hilfe (psychologische Beratung, Therapie) gesucht. Auffallend ist, dass die Beratungen und die Therapie zwar als hilfreich empfunden wurden, angemessene Unterstützung jedoch nicht leicht zu finden war.

Die Studie bietet einen Einblick in die Probleme und typischen Umgangsweisen mit einem Späten Coming-out. Diese Erfahrungen aus der Perspektive von Angehörigen sind vielen Fachleuten aus der Sozialen Arbeit noch fremd. Es mangelt an vielen Stellen an Regenbogenkompetenz. Eine systematische Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachleuten der Sozialen Arbeit für alle Aspekte eines (Späten) Coming-out und für die Anliegen von Angehörigen fehlen bislang.

*Ilka Borchardt, Projektleitung
„Homosexualität und Familien“*



Fotos: Caro Kautz

*Ilka Borchardt und
Heiko Reinhold vom
Projekt „Homosexualität und
Familien“*

*Die Studie ist auszugsweise im
Handbuch „Homosexualität in
der Familie“ (siehe Seite 8)
und als Download auf
www.homosexualitaet-familien.de
zu finden.*

Sukzessivadoption

Etwas gleicher, aber noch lange nicht gleich



Seit 2005 können Lebenspartner die leiblichen Kinder ihrer Partner adoptieren (sogenannte Stiefkindadoption). Die Lebenspartner werden dadurch rechtlich genauso gemeinschaftliche Eltern der Kinder wie Ehegatten. Das bisherige

Verbot der Stiefkindadoption adoptierter Kinder hat das Bundesverfassungsgericht durch das Urteil vom 19.02.2013 aufgehoben (sogenannte Sukzessivadoption). Deshalb hat der Bundestag am 22.05.2014 ein Gesetz verabschiedet, das jedoch lediglich die vom Bundesverfassungsgericht bereits zugelassene Sukzessivadoption erlaubt. Die gemeinschaftliche Adoption von Kindern durch Lebenspartner bleibt weiterhin verboten, obwohl sie schon jetzt ein Kind nacheinander adoptieren können. Durch die Zulassung der gemeinschaftlichen Adoption wäre lediglich das Verfahren vereinfacht worden. Das hätte auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprochen. Denn darin heißt es: „Unterschiede zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft, welche die ungleiche Ausgestaltung der Adoptionsmöglichkeiten rechtfertigen könnten, bestehen nicht.“

Wenn Justizminister Heiko Maas davon spricht, dass die Vorlage des Gesetzesentwurfes „ein ganz wesentlicher Schritt zu mehr Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften in unserem Land gewesen“ ist, wird der Eindruck erweckt, die Regierung sei hier treibende Kraft für mehr Gleichstellung gewesen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die frühere schwarz-gelbe Koalition musste sich erst vom Bundesverfassungsgericht ermahnen lassen, ihr verfassungswidriges Festhalten am Verbot der Sukzessivadoption aufzugeben. Das jetzt von der neuen schwarz-roten Koalition vorgelegte und verabschiedete Gesetz offenbart vor allem eins: große Teile der CDU/CSU sind weiterhin gegen die Gleichstellung und setzen nur das um, wozu das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber ausdrücklich verurteilt.

Sicher, die SPD als kleinerer Koalitionspartner hat nur einen beschränkten Gestaltungsspielraum. Doch weiß sie diesen bei Themen wie dem gesetzlichen Mindestlohn oder der Rente mit 63 sehr wohl geschickt zu nutzen. Dagegen scheint der Elan zu erlahmen, wenn es um

gleiche Rechte für Lesben und Schwule geht. Zum Erfolg wird dann selbst das geadelt, was nicht Ergebnis politischen Handelns ist, sondern lediglich längst fälliger Vollzug höchstrichterlicher Vorgaben.

Dass es auch anders gehen könnte, zeigen Bundesrat und Opposition. Die Länderkammer hat in ihrer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf dargelegt, wie politischer Gestaltungswillen aussehen kann: Sie begrüßt darin zwar den „Schritt auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften“. Zugleich stellt sie aber fest, dass damit eben nicht eine vollständige Gleichbehandlung im Adoptionsrecht erreicht wird. Und genau diese mahnt der Bundesrat an und fordert auf zu prüfen, wie sich eine weitergehende Gleichbehandlung von Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht erreichen lässt. Noch deutlicher wird die Opposition, etwa in dem Gesetzesentwurf der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, der eine Übertragung aller bisher lediglich Ehepaare betreffenden Vorschriften im Adoptionsrecht auf Lebenspartner fordert. Die ganz einfache Lösung dafür: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Familienrichter verweigert Umsetzung

Dank der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Jahr können gleichgeschlechtliche Paare schon heute de facto ein Kind gemeinsam adoptieren. Allerdings zeitverzögert und nacheinander im Rahmen der Sukzessivadoption.

Das entlässt den Gesetzgeber selbstverständlich nicht aus seiner Verantwortung. Ganz im Gegenteil. Wie wichtig das richtige politische Signal ist, belegt erneut ein kürzlich bekannt gewordener Fall eines hessischen Familienrichters. Dieser hatte sich geweigert, im Fall einer Frau, die die leiblichen Kinder ihrer Partnerin adoptieren wollte, das Gesetz umzusetzen. Dabei hatte er sich auf religiöse Gründe berufen. Die Frau kann ihn jetzt zwar wegen Befangenheit ablehnen und sich an einen seiner Kollegen wenden. Doch bleibt der Eindruck, dass sich dieser Richter möglicherweise durch das lavierende und nur zögerliche Verhalten eines großen Teils der Bundesregierung moralisch legitimiert fühlt.

Manfred Bruns und Eva Henkel

„Ich habe mich da ja quasi geoutet“

Gudrun Zollner: Botschafterin der CSU für das Thema Homosexualität

Am 20 März sprach Gudrun Zollner MdB (CSU) auf dem Fachtag „Homosexualität und Familie“ als Vertreterin der Union im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie diskutierte mit Wolfgang Barth (AWO) und Hiltrud Stöcker-Zafari (Verband binationaler Paare), wie das Thema Homosexualität in Familienarbeit und Familienberatung zu integrieren ist. Bei dieser Gelegenheit berichtete Zollner erstmals öffentlich von dem Coming-out ihres Sohnes. Zollner wohnt in Wallersdorf, einem Ort mit 7.000 Einwohnern im niederbayerischen Dingolfing-Landau.

respekt!: Frau Zollner, Sie haben zwei Söhne. Wie alt sind die beiden?

Gudrun Zollner: Der Ältere ist diesen Monat 23 geworden, der jüngere wird dieses Jahr 22.

Einer Ihrer Söhne ist schwul, erinnern Sie sich, wie es war, als er Ihnen das erzählt hat?

Er hat es mir gar nicht erzählt, ich habe ihn darauf angesprochen, als er etwa 15 war. Dass mein Sohn anders ist, anders auch als der zweite, war mir immer klar. Er war sehr froh, dass ich auf ihn zugekommen bin.

Klar kamen auch Bedenken, wie das so in einem niederbayerischen Ort verlaufen wird. Ich habe mir schon Sorgen gemacht, ob er es schwer haben wird. Wir sind dann immer offen damit umgegangen, haben als Familie Geschlossenheit gezeigt. Wenn man gemeinsam auftritt, nimmt man anderen den Wind aus den Segeln. Mein schwuler Sohn hat sich mit 22 selbstständig gemacht, einen Laden im Ort eröffnet. Er wird ganz selbstverständlich akzeptiert.

Wie haben Nachbarn, die Menschen in der Stadt oder die Parteifreunde reagiert?

Ich gehe mit dem Thema nicht hausieren. Auch im Wahlkampf war das nie Thema. Die meisten wissen es nicht. Man muss etwas vorleben und nicht provozieren.

Auf dem LSVD-Fachtag haben Sie für Ihr Statement „Ich bin stolz auf meinen Sohn!“ großen Applaus bekommen. Wie war das für Sie?

Das war ein sehr bewegender Moment, ich habe mich da ja quasi geoutet. Der Applaus hat mir gut getan. Ich hatte mit meinem Sohn abgesprochen, dass ich unsere Situation erwähnen würde, wenn das Gespräch darauf kommt. Ich wollte einfach anderen Familien Mut zusprechen, ihre Kinder zu unterstützen. Gefreut habe ich mich auch, weil ich selten die Möglichkeit bekomme, die Arbeit der Union positiv darzustellen. Der LSVD hat mich eingeladen und mich ausreden lassen. Das hätte auch ganz anders verlaufen können, häufig werde ich gleich in eine Ecke gestellt, man meint zu wissen, was die CSU denkt. Das war schön, ein emotional toller Moment.

Alexander Dobrindt, heute Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, hat 2013 Homosexuelle als „schrille Minderheit“ bezeichnet. Haben Sie einen schrillen Sohn und einen, der nicht schrill ist?

Gerade kürzlich habe ich Alexander Dobrindt in einem langen und sehr offenen Gespräch auf diesen Artikel hin angesprochen. Ich habe ihm gesagt, dass ich mich als Botschafterin der CSU für das Thema Homosexualität anbiete. Er hat mich bestärkt: „Mach das!“

Und übrigens: Als schrill bezeichnet zu werden, bedeutet für mich nicht automatisch, homosexuell zu sein.

Kennt Herr Dobrindt Ihre familiäre Situation?

Vermutlich nicht. Warum auch, ich muss doch kein Alibi haben, um mich zu engagieren. Ich mache das, weil ich überzeugt bin. Wenn es um Schwerpunkte oder Ziele geht, wie etwa neu bei der Klausurtagung der Union, sage ich immer, dass ich mich für Alleinerziehende und Homosexuelle einsetzen will. Da hat noch niemand gefragt, warum. Ich möchte, dass es einfach eine Selbstverständlichkeit ist.



*Das Gespräch führten
Axel Hochrein und Renate Rampf*

Freiheit, Gleichheit und Respekt

Der 26. LSVD-Verbandstag

Die Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, **Dilek Kolat** (SPD), unterstrich in ihrem Grußwort, dass sie mit dem LSVD Schulter an Schulter für die Sichtbarmachung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) arbeite. Es gebe bereits zahlreiche Erfolge im Kampf um gleiche Rechte und Respekt, auch wenn das Bundesverfassungsgericht der Politik noch nachhelfen müsse. Allerdings gebe es angesichts der alltäglichen Homo- und Transphobie auch in Berlin noch viel zu tun. Sie betonte, wie wichtig die Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte in Deutschland ist, und sprach sich für eine zügige Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer aus.

Schwerpunkt des Verbandstages war die Diskussion eines Berliner Manifests gegen Homophobie und Transphobie (siehe Seite 5). In dem **Günter Dworek** konzipierten Papier warnt der LSVD vor der Funktionalisierung durch nationale und fundamentalistische Ideologie: „Die Gegner von Freiheit und Gleichheit haben Antihomosexualität wieder als Mittel der Politik entdeckt. Haben sie früher oft versucht, Homosexualität durch einen eisernen Vorhang des Schweigens unter gesellschaftliche Quarantäne zu halten, reden sie heute unaufhörlich darüber.“ Weiter heißt es: „Nicht die Homosexualität ist ansteckend, sondern der Wunsch nach Freiheit.“ Nach einer engagierten Diskussion verabschiedete der LSVD-Verbandstag das Berliner Manifest gegen Homophobie und Transphobie einstimmig.

Wie wichtig die Kampagnen, die Projektarbeit und die Bildung von Bündnissen sind, zeigt der 19 Seiten umfassende Tätigkeitsbericht des LSVD-Bundesverbands. **Axel Blumenthal** (LSVD-Bundesvorstand) dankte auch den hauptamtlich Mitarbeitenden für die engagierte Arbeit.

Nach der Präsentation des Finanzberichtes verabschiedete sich die Schatzmeisterin **Uta Kehr**, die aus beruflichen Gründen nicht wieder kandidierte: „Es war eine Zeit des Lernens, des Kämpfens und der Erfolge. Es war eine tolle Zeit!“ Die Mitgliederversammlung dankte mit großem Applaus für das zehnjährige Engagement.

Annette Hecker musste nach acht Jahren im Bundesvorstand ebenfalls aus beruflichen Gründen auf eine weitere Kandidatur verzichten. In ihrer Abschiedsrede lobte sie die engagierte und spannende Zusammenarbeit zwischen Lesben und Schwulen als wichtigen Impulsgeber der sozialen Bewegung. Der Verbandstag dankte ihr mit lang anhaltendem Applaus.

Turnusgemäß standen beim 26. Verbandstag auch Wahlen zu einem Teil des Bundesvorstandes an. Neu gewählt wurden die Profisportlerin Imke Duplitzer sowie Henny Engels, die Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats. Mit ebenfalls großer Mehrheit wurden Axel Blumenthal, Manfred Bruns, Günter Dworek und Martin Pfarr im Amt bestätigt.

Zum Bundesvorstand gehören: Imke Duplitzer, Manfred Bruns, Günter Dworek, Axel Hochrein, Tobias Zimmermann, Hasso Müller-Kittkau sowie unten Axel Blumenthal, Henny Engels, Uta Schwenke, Martin Pfarr, Eva Henkel und Helmut Metzner (von links nach rechts und von oben nach unten).

Beeindrucken konnte am LSVD-Verbandstag der neue Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, **Christoph Strässer**. Strässer betonte das umfangreiche Engagement des Auswärtigen Amtes für die Menschenrechte von LSBT, kritisierte aber die fehlende Gleichstellungsperspektive in der großen Koalition: Was im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zum Thema Gleichstellung steht, so Strässer, „ist vollkommen unbefriedigend“. Er machte deutlich: „Gerade in meiner Funktion kann ich mir nicht vorstellen, dass ich Gesetzesinitiativen, die die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen fordern, nicht zustimme.“

Die Resolution „Die römisch-katholische Kirche muss Worten auch Taten folgen lassen: Verantwortung übernehmen für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung“ wendet sich an die deutschen Bischöfe und die römisch-katholische Kirche in Deutschland. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, die Ausgrenzung von Homosexuellen und Transgender zu beenden, sich in der internationalen Arbeit gegen Verfolgung und Hass einzusetzen und die Diskriminierung im Arbeitsrecht zu unterlassen. Sie wurde einstimmig angenommen.

Die Arbeit des Europäischen Parlaments als „Lokomotive der Gleichstellung“ stellte **Bruno Selun** vom Sekretariat der Intergroup zu LGBT-Rechten vor. Seit 2009 wurden zahlreiche wichtige Beschlüsse zur Verbesserung der rechtlichen Situation und gegen die Verfolgung von LSBT gefasst.

Elizabeth Khaxas und **Liz Frank** berichteten über feministische Arbeit und Lesbenprojekte in Namibia. Beide arbeiten im Women's Leadership Centre, gehören zu den Pionierinnen der Lesbenbewegung und haben die Rainbow Coalition gegründet, in der die politische Arbeit mit Schwulen zusammengeführt wird.

Renate Rampf



Kompetenz kompakt. Der neue LSVD-Bundesvorstand



Auf gute Zusammenarbeit: Senatorin Dilek Kolat und Axel Hochrein



*„Nicht die Homosexualität ist ansteckend, sondern der Wunsch nach Freiheit.“
Günter Dworek*



Axel Blumenthal präsentiert den Rechenschaftsbericht



Vertrauen in die Finanzen – Der Finanzbericht von Uta Kehr



Großes Lob zum Abschied: Annette Hecker



Christoph Strässer fordert mehr Engagement der Bundesregierung



*„Die Kirche muss die Ausgrenzung beenden.“
Manfred Bruns*



*„Das Europäische Parlament, eine Lokomotive der Gleichstellung“
Bruno Selun*



Elizabeth Khaxas und Liz Frank: „Wir sind die Omas der Lesbenbewegung in Namibia.“, hier zusammen mit Helmut Metzner und Renate Rampf

Fotos: Caro Kadatz

Buschfeuer in Afrika

Hass durch Gesetze angestachelt



Jean Elie Gasana (Ruanda) und
Dorothy Aken'Ova (Nigeria)

Fotos: Caro Kadatz

Von einem Buschfeuer ist die Rede. Gemeint sind die homophoben Strafrechtsverschärfungen in Uganda, Nigeria und ihre Auswirkungen auf andere Länder wie Kamerun, Kenia oder Kongo. Die Sorge unserer Freundinnen und Freunde in Afrika vor einer neuen Brutalisierung ihrer Gesellschaften ist groß. Die Lage in Uganda ist katastrophal. Junique Wambya von FARUG spricht von einer regelrechten Hexenjagd, die zurzeit in Uganda stattfindet. Medien berichten voyeuristisch über Verhaftungen, machen sich zu Handlangern der Polizei und wiegeln die Bevölkerung auf. Homophobie werde als politisches Instrument genutzt, um von den eigentlichen Problemen und von politischen Verbrechen, Korruption und Veruntreuung von Hilfsgeldern abzulenken. Ohne die Unterzeichnung des Gesetzes habe Präsident Museveni keine Chance auf Wiederwahl in 2016 gehabt. Er sei von christlichen Gruppen wie den Pfingstkirchen massiv unter Druck gesetzt worden.

Die Trägerin des Menschenrechtspreises der Stadt Nürnberg, Kasha Jacqueline berichtet, dass es nach der Unterzeichnung der Antihomosexuality Bill (AHB) zu einer Eskalation, zu einem Ansteigen der Fälle von Gewalttaten an Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) gekommen ist. „Die Community ist zerschlagen, oberste Priorität hat nun unser Schutz. Wir brauchen Unterstützung für unsere Sicherheit und müssen Anwälte bezahlen. Leute, die ins Ausland geflohen sind, brauchen Hilfe.“ Kasha spricht von illegalen Verhaftungen, Fällen von Selbstmord, Übergriffen und Todesdrohungen.

Michael N. Kimindu aus Kenia, Gründer der Kirche Other Sheep Africa, berichtet in der Zeitschrift E+Z, dass seit Musevenis Unterschrift „eine Reihe von LSBT nach Kenia geflüchtet“ sind. Viele hoffen, in Europa oder Nordamerika Asyl zu erhalten. Denn auch in Kenia sei die Lage schwierig, man müsse aufpassen, denn einige Mitglieder des Parlaments fordern, „dass unser Land noch strengere Gesetze als die in Uganda erlässt“.

Von ugandischen Flüchtlingen in Ruanda berichtet auch Jean Elie Gasana von Other Sheep. „Sie kommen aus Sicherheitsgründen und haben nichts: Keine Nahrung, keine Unterkunft, keine Medikamente.“ Auch uns erreichen per E-Mail viele direkte Anfragen aus Uganda, die sich über Asylmöglichkeiten in Deutschland informieren.

Hysterie und Schwulenhatz in Nigeria

In Nigeria unterzeichnete Präsident Jonathan im Januar das Gesetz mit dem bewusst irreführenden Titel „Same Sex Marriage Prohibition Act“ (SSMPA). Wie Junique Wambya nahm auch Dorothy Aken'Ova im März an einer Reise nach Brüssel teil, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung durchgeführt hatte. Dorothy nennt den SSMPA ein harmlos daher kommendes Monster, das aber eine Ausgeburt des Teufels ist, „unheimlicher als alle Monster, die unsere Mythen und Märchen hervorgebracht haben“. Nie zuvor gab es so viele Übergriffe: „Der Hass auf Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung wurde durch das Gesetz angestachelt. Zuvor friedliche Nachbarn greifen zu Knüppeln, Eisenstangen, Messern, ziehen durch die Straßen und schreien Parolen über die Ausrottung der Homosexuellen. Sie zerrn wehrlose Menschen aus den Häusern, verprügeln sie, wohl wissend, dass niemand ihre Opfer schützt.“ Sie berichtet von einem Vorfall vergangenen März in Lagos, bei dem eine Gruppe von Männern geschlagen, nackt ausgezogen und in einen Gemeindesaal geschleppt wurde, wo man sie dem Mob vorführte. Ein Schild mit der Aufschrift Gay, wurde ihnen um den Hals gehängt. Sie mussten jeweils eine Strafe von 100.000 Naira (440 Euro) zahlen, andernfalls würden sie der Polizei übergeben, angeklagt und für Jahre ins Gefängnis gesteckt.

Auch Präsident Jonathan hatte Popularität eingebüßt, Korruptionsskandale erschütterten seine Partei, Ex-Präsident Obasanjo hatte ihn öffentlich als schwachen Führer kritisiert. Er wollte sein Image aufpolieren. Deshalb unterschrieb er das Gesetz. Dorothy fordert Konsequenzen für die bilaterale Zusammenarbeit. Die Schweizer Konten korrupter Politiker dürften nicht weiter alimentiert werden, sonst mache man sich zum Komplizen solcher Verbrecher. Die derzeitige Situation, so Dorothy, sei trotz aller Grausamkeiten erst der Anfang. Sie wolle sich nicht vorstellen, was erst passiere, wenn eine religiös extremistische Gruppe an die Macht gelange und über solche Gesetze verfüge.

Klaus Jetz

Ein ungleicher Kampf

Gelder nicht streichen, sondern umleiten

In 77 Staaten der Welt werden gleichgeschlechtliche Liebe und Menschen mit Transidentitäten staatlich kriminalisiert, strafrechtlich verfolgt und unterdrückt. Angebliche kulturelle Traditionen, religiöse Überzeugungen oder nationale Ideologien gelten den Regierungen dabei als Rechtfertigung. Dabei stehen in Wirklichkeit andere Beweggründe dahinter. Homophobe Politik und die Identifizierung von „Sündenböcken“ dienen der Ablenkung von eigenem Versagen und dem Machterhalt der Regierenden. Dagegen die richtigen Mittel zu finden und diese erfolgreich anzuwenden, ist nicht einfach.

Bei radikaler Verfolgung von Lesben und Schwulen denkt man zuerst an muslimisch geprägte Länder, denn in sieben von ihnen sind Homosexuelle von der Todesstrafe bedroht. Aber in Afrika betreiben zunehmend Politiker aus christlich dominierten Ländern eine aggressive lesben- und schwulenfeindliche Propaganda, verschärfen Gesetze und prangern die westlichen Nationen als moralisch verkommen an. Ideologische, vor allem aber auch finanzielle Unterstützung erhalten sie dabei von jenen reaktionären Kräften, die daheim ihren „Kulturkrieg“ gegen die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Homosexuellen und Transgender verloren haben. Evangelikale Gruppen und politische Bewegungen, wie z.B. die „Tea Party“ aus den USA, koalieren mit den undemokratischen Kräften dieser Länder und exportieren ihre homophobe Politik.

Korrupten Regierungen dient die Verfolgung von Lesben und Schwulen als Mittel zur künstlichen Erzeugung einer nationalen Identität, um von den tatsächlichen Problemen wie steigender Armut, Lebensmittelknappheit, ungerechter Verteilung von Wohlstand und Verweigerung der Bürgerrechte abzulenken. Die ausländische Kritik wird als Einmischung der alten Kolonialmächte umgedeutet und somit eine gesellschaftliche Grundstimmung bedient.

„Soll doch Europa seinen homosexuellen Unsinn behalten und damit nicht hierherkommen!“, wetterte Robert Mugabe am 18. Februar 2014 anlässlich des 34. Unabhängigkeitstages von Simbabwe. Seit der Unabhängigkeit regiert Mugabe das Land als Präsident mit diktatorischer Gewalt in den wirtschaftlichen Kollaps. Im Februar hat der ugan-

dische Präsident Yoweri Museveni ein Gesetz unterzeichnet, das Homosexuellen lebenslange Gefängnisstrafen androht. An US-Präsident Barack Obama, der ihn gebeten hatte, das Gesetz nicht zu unterschreiben, schrieb Museveni, ihm lägen wissenschaftliche Belege vor, aus denen eindeutig hervorgehe, „dass Homosexualität, entgegen meiner bisherigen Meinung, durch die Umwelt und nicht durch die Gene ausgelöst wird. Sie ist erlernt und kann wieder verlernt werden.“

Zielscheibe der Wut

Die Diskussion über den erfolgreichsten Weg, um aus Verfolgerstaaten Länder zu machen, in denen auch Lesben und Schwule ein freies und selbstbestimmtes Leben führen können, hält an. Doch auch wenn man angesichts der Gräueltaten, die Homosexuelle und Transgender in diesen Ländern durchleiden müssen, emotional zu harten Sanktionen neigen mag, sind diese, wenn überhaupt, die Ultima Ratio. Wer Menschenrechtsverletzungen verhindern will, muss auch selbst immer wieder darauf achten, Menschenrechte durch das eigene Handeln nicht zu verletzen. Eine grundsätzliche Streichung der Entwicklungshilfe trifft nur die Ärmsten der Armen, unterstützt die Argumentation des „kolonialen“ Handelns und macht jene, denen man eigentlich helfen will, zur Zielscheibe der gesellschaftlichen Wut. Es ist ein ungleicher Kampf, weil wir nicht mit der gleichen Skrupellosigkeit handeln dürfen, wie sie von der Gegenseite angewendet wird. Statt Streichung von Mitteln der Entwicklungshilfe müssen Gelder klug umgeleitet werden. Statt den Zugriff der korrupten Politik vor Ort zu ermöglichen, muss gezielte Projektarbeit geleistet werden. Hier liegt die Verantwortung bei den Regierungen und zuständigen Ministerien, in Deutschland vor allem beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Darüber hinaus muss kluge Diplomatie auf allen Ebenen der Regierungskonsultationen die Vorteile aufzeigen, die ein Ende der homophoben Politik mit sich bringt. Erfolge werden sich dadurch leider erst mittelfristig erreichen lassen, dafür aber wahrscheinlich nachhaltig. In der Zwischenzeit müssen wir durch Spenden Organisationen vor Ort organisatorische und finanzielle Hilfe im täglichen Kampf zur Verfügung stellen.

Axel Hochrein



Verfolgung

- Todesstrafe
- Freiheitsstrafe von 14 Jahren bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe
- Freiheitsstrafe bis zu 14 Jahren
- Freiheitsstrafe, ohne genaue Angabe über deren Dauer
- Unklar: Gesetzgebung ist nicht explizit homophob, doch kann so angewendet werden

Anerkennung

- Ehe
- ⚭ Gemeinsame Adoption

Schutz

- ⚔ Gesetze zum Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung
- keine speziellen Rechtsvorschriften

Kick-off in Südafrika

Das Subsahara Projekt zur Allianzenbildung

Kick-off in Südafrika: Das vom LSVD gemeinsam mit filia.die frauenstiftung auf den Weg gebrachte Projekt „Allianzenbildung“ zur Stärkung von Lesben und Transgender in Subsahara-Afrika ist nach einem großartigen Kick-off-Workshop in Johannesburg am Start. Ziel des Projekts ist die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit und Allianzenbildung im Kontext sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Diese große Aufgabe wird von unserer Projektpartnerin, der Coalition of African Lesbians (CAL), getragen und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt.

Power und Professionalität

Ausgestattet mit dem umfangreichen Programm des Workshops, der Aufforderung sich am Flughafen nur dem von CAL bestellten Fahrer anzuvertrauen, den zweiseitigen „safety and security notes“ und einer Stichwortliste für die Besprechungen machten wir uns auf den Weg. Für Sonja Schelper und mich, die Projektleiterinnen von deutscher Seite, ist es die erste persönliche Begegnung. Wir haben bisher nur über Skype und E-Mail mit den Projektpartnerinnen kommuniziert. Das Treffen findet in einem Tagungshotel 60 km außerhalb von Johannesburg statt, komplett hinter Mauern, die auch noch bewacht werden. Hier erwartet uns ein perfekt organisierter Workshop, an Power und Professionalität kaum zu überbieten. Insgesamt sind wir etwa 50 Personen: Die Aktiven aus den Organisationen der beteiligten Projektländer Botswana, Sambia, Namibia, Simbabwe, das CAL-Team aus Südafrika und das 5-köpfige Dokumentationsteam von Gay and Lesbian Archives (GALA). Ganz überwiegend engagieren sich die Beteiligten in ihren Ländern unter hohem persönlichen Risiko, denn in vielen Ländern wird „mit Homophobie Politik gemacht“, wie es so treffend in einer Studie der

Friedrich-Ebert-Stiftung heißt. Unter welchen teilweise prekären Lebensumständen die einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten arbeiten und wie dabei auch mit den eigenen Gewalterfahrungen umgegangen wird, davon handelte der erste Tag dieses achttägigen Workshops.

Sicherheit für Person und Organisation

Mit den zwei Grundsatzthemen „shaping the campaign“ und „safety and security“ standen die Bildung einer gemeinsame Herangehensweise für die zu entwickelnde übergreifende Kampagne sowie die Grundsätze der Sicherheit der eigenen Person und der Projekte im Vordergrund. Ausgangspunkt war die gemeinsam entwickelte grundsätzliche politische Analyse zur Bedeutung von Vorurteilen, Diskriminierung, Marginalisierung, Machtverhältnissen und Verortung von Macht. Darauf aufbauend wurden im weiteren Verlauf des Workshops die Bedürfnisse der unterschiedlichen Länder für eine gemeinsame Kampagne diskutiert. Der Workshop verfolgte dabei gleichzeitig auch einen übergreifenden Ansatz mit Beteiligung von Organisationen, deren Schwerpunkt die Arbeit mit sex-workers, Transgender, HIV-Positiven ist. Die beiden letzten Tage waren der Schulung durch einen professionellen Consultant mit dem Focus Sicherheit gewidmet. Dabei meint Sicherheit immer die der Personen und der Organisation. Es wurde an allen Tagen mit einer unglaublichen Energie und Disziplin, mit viel Kreativität und Empathie und vor allem hoch professionell und konzentriert durchgearbeitet.

Die meisten der Beteiligten sind bereits seit vielen Jahren in der Menschenrechtsarbeit national und international aktiv und hatten hier die Gelegenheit sich auch persönlich kennen zu lernen. Die Zusammenarbeit für eine solche länderübergreifende Kampagne stellt eine große Herausforderung dar.

Sehr erfolgreich war auch der zusammen mit Dawn Cavanagh, der Direktorin von CAL, wahrgenommene Termin in der deutschen Botschaft. Es entwickelte sich schnell ein spannendes Gespräch, in dem von beiden Seiten bereits eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Zusammenarbeit entwickelt wurde. Der Kontakt zwischen der Coalition of African Lesbians als einer Organisation aus der Mitte der südafrikanischen Zivilgesellschaft und den Mitarbeitenden der deutschen Botschaft wurde von beiden Seiten ausdrücklich begrüßt. Cavanagh schilderte den Botschaftsangehörigen sehr eindrücklich die trotz der guten rechtlichen Situation sehr schwierige Lebenssituation von Lesben in Südafrika, die sehr unter Gewalt und Kriminalität leiden. Gefragt nach ihrem eigenen Risiko antwortete sie: „Ich bin privilegiert. Ich habe ein Auto, und ich habe ein Haus. Die wenigsten von uns können das von sich sagen.“

Uta Schwenke



*Dawn Cavanagh,
Coalition of African Lesbians*



Jacques-Teyssier-Preis

Für herausragendes Engagement
im Einsatz für die Menschenrechte

Seit 2007 ist die Hirschfeld-Eddy-Stiftung aktiv. Mit einem Preis, der herausragendes und beispielhaftes Engagement im Einsatz für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) würdigen soll, will die Stiftung verdiente Einzelpersonen oder Organisationen auszeichnen. Benannt ist der Preis nach Jacques Teyssier, einem der Initiatoren der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, der lange Jahre Bundesvorstandsmitglied und Schatzmeister des LSVD war.

Noch ein Preis? Ja, es gibt zwingende Gründe dafür.

In vielen Ländern der Welt ist Homosexualität noch ein staatlich verfolgter Straftatbestand. In sieben Ländern ist gleichgeschlechtliche Liebe lebensgefährlich, sie wird mit der Todesstrafe bedroht. Genauso lebensgefährlich ist es oft für mutige Aktivistinnen und Aktivisten, die für die Menschenrechte von LSBTI eintreten und deutlich machen, dass die Menschenrechte universell sind. Menschenrechte gelten unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sie sind unteilbar und nicht nur für heterosexuelle Menschen. Der gefährliche Kampf für die Menschenrechte findet zumeist ohne Entlohnung statt und wird von meist unbekanntem Menschen getragen. Dabei wäre öffentliche Anerkennung in zweifacher Hinsicht wünschenswert. Einerseits

würde sie gegenüber diesen mutigen Menschen eine Wertschätzung ihrer Arbeit ausdrücken und damit auch ein Empowerment für die betreffende Person oder Organisation bedeuten. Andererseits kann die Hirschfeld-Eddy-Stiftung damit auch auf eines ihrer Kernthemen öffentlich aufmerksam machen: die Aufklärung, Sensibilisierung und der Kampf gegen Homo- und Transphobie und insbesondere die strafrechtliche Verfolgung in der Welt.

Mit der Namenswahl als Jacques-Teyssier-Preis wollen wir aber auch an einen großartigen Menschen erinnern, dessen Wirken untrennbar mit diesen Themen und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung verbunden ist. Der 1955 in Annonay (Frankreich) geborene Teyssier war Manager und LSBTI-Aktivist. Von 1996 bis 2008 gehörte er dem Bundesvorstand des LSVD an und war viele Jahre Bundesschatzmeister. Er war im besten Sinne des Wortes politischer Lobbyist für die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen - aus tiefer Überzeugung und mit strategischem Denken. So hatte er die entscheidende Idee, den Gesetzentwurf für die Lebenspartnerschaft so aufzuteilen, dass er 2000 unabhängig vom Votum des Bundesrates verabschiedet werden konnte. Auch an der Gründung der Menschenrechtsorganisation des LSVD, der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, war Teyssier maßgeblich beteiligt. Nach seinem gesundheitlich bedingten Ausscheiden aus dem

Bundesvorstand des LSVD wurde er im Jahr 2009 in Anerkennung seiner Arbeit für den LSVD und auf internationaler Ebene zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Im Juli 2009 erlag Jacques Teyssier seiner Krebserkrankung. Der Kölner Express schrieb über ihn: „Die internationale Lesben- und Schwulenbewegung verliert mit ihm einen engagierten und durchsetzungsfähigen Kämpfer.“

Der Jacques-Teyssier-Preis wird im zweijährigen Rhythmus vergeben werden. Der Preis wird öffentlich und international ausgeschrieben. Eine Jury, bestehend aus Mitgliedern der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und prominenten Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft sowie Volker Beck, dem Witwer von Jacques Teyssier als Vertreter der Familie, wird aus den Vorschlägen die Preisträgerin oder den Preisträger auswählen. Vorgeschlagen werden können Einzelpersonen oder Organisationen. Jeweils um den 31. Oktober, dem Geburtstag von Jacques Teyssier, wird die öffentliche Preisverleihung stattfinden.

Alle finanziellen Mittel für die Preisvergabe werden durch Sponsoren getragen. Stiftungsmittel oder Spenden werden dafür nicht verwendet. Dies wäre auch nicht im Sinne des Namensgebers für den Preis.

Axel Hochrein

www.hirschfeld-eddy-stiftung.de

100% Mensch

Der Song für Menschenrechte

Die Welt spaltet sich! Auf der einen Seite gibt es in vielen Ländern sehr positive Entwicklungen für Lesben, Schwule und Transmenschen: Eheschließungen, eingetragene Partnerschaften, Gleichstellung bis hin zum Adoptionsrecht. Natürlich gibt es noch viel zu tun, aber die Richtung ist klar: Hin zu einer freieren und offeneren Gesellschaft.

In vielen anderen Ländern erleben wir aber gerade genau das Gegenteil: die Rückkehr in eine Zeit der Verfolgung, Unterdrückung und staatlich legitimierten Gewalt gegenüber allem, was nicht der Heteronormativität entspricht. Wir haben es satt im Fernsehen Berichte darüber zu sehen, wie die Menschenwürde in Russland, Uganda, Indien, dem arabischen Raum und in so vielen anderen Ländern mit Füßen getreten wird. Wir haben es satt, dass auch in Deutschland homophobe Parolen wieder salonfähig werden. Wir haben es satt, dass menschenverachtende Stimmen einen Platz in den Medien bekommen und wir haben es satt, dass wir für jede Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung kämpfen und sie am Ende höchststrichterlich durchboxen müssen. Wir wollen nicht mehr als Andere – wir wollen einfach nur dieselben Rechte wie alle.

Es darf nicht sein, dass wir uns immer wieder für das rechtfertigen müssen, was wir sind: Mensch! Zu hundert Prozent. 31 Künstlerinnen und Künstler haben sich auf Initiative des Komponisten und Musikkabarettisten Holger Edmaier zusammengefunden, um gemeinsam ein Lied gegen Homophobie und für Menschenrechte zu singen.

Ab 30. Mai kann der Song auf allen bekannten Downloadportalen gekauft werden. Der Erlös aus dem Verkauf der Single „100% MENSCH“ geht an die Hirschfeld-Eddy-Stiftung, die sich weltweit für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen und Transgender einsetzt.

www.100mensch.de



Es singen mit: David Berger (Journalist), Olaf Bossi (Musik-Kabarettist), Bernhard J. Butler (Sänger), Deborah Campbell (Sängerin), Michèle Connah (Schauspielerin), Holger Edmaier (Musik-Kabarettist), Matthias Ehm (Sänger), Carlos Fassanelli (Sänger), Bernd von Fehrn (Journalist), Meike Gottschalk (Schauspielerin), Markus Grimm (Sänger), Annie Heger (Sängerin), Anika Hoffmann (Comedian), Conny Kanik (Sängerin), Nina Klopschinski (Sängerin), Sia Korthaus (Kabarettistin), Käthe Köstlich (Kabarettistin), Steffi List (Sängerin), Franca Morgano (Sängerin), Klaus Nierhoff (Schauspieler), Julia Reihöfer (Musikerin), Martin Reinl (Comedian), Tobias Reitz (Liedtexter), Stephan Runge (Sänger), Birgitta Schaub (Sängerin), Marion Scholz (Sängerin), Hella von Sinnen (Entertainerin), Thorsten JayT Strocka (Sänger), Mayo Velvo (Entertainer), Claus Vinçon (Schauspieler), Frl. Wommy Wonder (Kabarettistin).

100% MENSCH



LIEBE ♥ RECHT ▣ RESPEKT

100% MENSCH

Wir sind illegal - in Russland
Wir sind illegal - in Indien
Wir sind illegal in Uganda, Iran und in Kamerun
Wir waren zu leise, doch jetzt werden wir laut:
Es gibt viel zu tun

Ich bin Mensch - zu 100 Prozent
Ich bin Mensch - in dem das gleiche Feuer brennt
Ich atme, ich lebe, ich liebe genauso wie Du
Ein Herz schlägt in meiner Brust
und es kommt nicht zur Ruh
Ich bin Mensch, ich bin Mensch
Egal wie man mich nennt - 100 Prozent

All ihr homophoben Spießer
und Fundamentalisten
Ihr Moralapostel und vermeintlichen Christen
Nervt extrem - was ist Euer Problem?

Aktionsplan gegen Homophobie

Schleswig-Holstein aktiv für einen echt vielfältigen Norden

Der Norden soll bunt werden, vielfältig, gar ein „Schlesbi-Holstein“ – jedenfalls wenn es nach Vertreterinnen und Vertretern schleswig-holsteinischer Initiativen geht. Ein Aktionsplan gegen Homophobie ist – neben anderen Gleichstellungsmaßnahmen – im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und SSW verankert: „Wir stehen für ein tolerantes Schleswig-Holstein. Durch die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern werden wir Schleswig-Holstein ein tolerantes Gesicht geben und Diskriminierung konsequent entgegentreten. Der Abbau von Diskriminierung und Homophobie ist für uns eine Querschnittsaufgabe. (...) Wir wollen mit Kooperationspartnern einen Aktionsplan gegen Homophobie erarbeiten und flächendeckend umsetzen.“

50.000 Euro stellt der Landtag für das Auftaktjahr 2014 zur Verfügung und beschloss im Januar 2014 ohne Gegenstimme „Miteinander stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen“. Darin heißt es: „Durch die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern gibt sich Schleswig-Holstein ein vielfältiges Gesicht und tritt Diskriminierung konsequent entgegen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag nimmt nicht hin, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt und diskriminiert werden.“

Weiterhin hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, gemeinsam mit dem LSVD, mit anderen queeren Initiativen und in Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Landes einen Aktionsplan zu entwickeln.

Schon im Herbst 2013 hat der LSVD Schleswig-Holstein mit rund 30 Aktiven den Diskurs darüber begonnen, welche Anforderungen und Wünsche Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen und Menschen, die sich als queer verstehen, an einen schleswig-holsteinischen Aktionsplan gegen Homophobie haben. Mit dabei sind LSVD-Mitglieder, weitere interessierte



Sie entwickeln den Aktionsplan für Schleswig-Holstein.

Menschen und andere Gruppen, Verbände und Initiativen im Norden. Darunter sind Aidshilfen, die Antidiskriminierungsstelle des Landes, der Antidiskriminierungsverband, CSD-Vereine, GEW, mehrere Gruppen der HAKI, der Lesbenring, NaSowas / Lambda-Nord, queer students group, LGBTIQ-Gruppen von Parteien und das schwullesbische Projekt SLFL aus Flensburg.

Mit uns, nicht über uns

Es war ein Auftakt aus der Community für einen breit angelegten Diskurs mit uns statt über uns. Die Ergebnisse: eine Steuerungsgruppe und fünf TOP-Themen aus allen Bereichen rund um das lesbische, schwule, queere, trans* Leben. Sie sollen ganz oben stehen, wenn es darum geht, unsere Anforderungen an den Aktionsplan mit Politik und anderen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren weiterzuentwickeln: Lobbyarbeit, offene Bündnisse gegen Homophobie, Community-Entwicklung, Zugang zu unseren Zielgruppen und das Thema Schule als erstes inhaltliches Schwerpunktthema stehen für 2014 auf der Agenda.

Daraus wurde ein konkretes Konzept und dieses Konzept ist die Grundlage für den Aktionsplan gegen Homophobie. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes

Schleswig-Holstein (MSGFG) hat den LSVD Schleswig-Holstein beauftragt, den Aktionsplan für 2014 umzusetzen.

Konkret beginnt der Aktionsplan im Mai mit Namensfindung und Logo-Entwicklung. Am 1. Juli findet eine Fachveranstaltung mit Ministerin Kristin Alheit und Prof. Dr. Bernd Simon von der Universität Kiel statt. Bis zum Spätherbst sind ein journalistischer Workshop vorgesehen, die Entwicklung eines Leitfadens für Initiativen im Lande, eine Informationsfibel, die Erstellung eines Präventionskonzepts Bildung und – nach dem großen Vorbild des LSVD Berlin-Brandenburgs – der Auftakt für ein Bündnis gegen Homophobie. Wir werden auf den CSDs in Kiel und Lübeck vertreten sein. Und natürlich ist aktive Mitarbeit herzlich willkommen.

Als LSVD Schleswig-Holstein haben wir uns schon vor der Landtagswahl 2012 für einen Aktionsplan stark gemacht. Auf Landesebene hat die Koalition ihn fest vereinbart. Jetzt wird er aufgestellt. Dankeschön dafür. Wir versprechen, wir bleiben dran!

*Konstanze Gerhard,
LSVD Schleswig-Holstein
schleswig-holstein.lsvd.de*

LSVD kickt gegen Rechts

Für ein offenes und demokratisches Dresden



Am 1. Juli 2009 wurde Marwa el-Sherbini im Dresdner Landgericht ermordet. Sie war als Zeugin geladen, um zu berichten, wie der Angeklagte sie 2008 wegen ihres Kopftuchs auf einem Spielplatz rassistisch und islamfeindlich beleidigt hatte. Als die 29jährige Ägypterin nach ihrer Aussage den Gerichtssaal verlassen wollte, wurde sie vom Angeklagten attackiert und erstochen. Ihr ebenfalls anwesender Ehemann eilte ihr zur Hilfe und wurde durch drei Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Zudem wurde er von einem Polizisten angeschossen, der ihn für den Angreifer hielt. Der Mord an Marwa el-Sherbini schockierte, gleichzeitig ignorierten Medien und Politik den islamophoben Hintergrund weitgehend. Einig war man sich jedoch darin, ihrer zu gedenken und mehr für eine offenere Gesellschaft zu tun.

Gegen Rassismus und Homophobie

Doch die Benennung einer Straße nach Marwa el-Sherbini fand im Stadtrat keine Mehrheit. Das angemahnte Engagement gegen Rassismus wurde allenfalls halbherzig verfolgt. So sieht es jedenfalls eine Dresdner Initiative, die seit 2012 das „Kick racism“, ein antirassistisches Fußballturnier in Gedenken an Marwa el-Sherbini, veranstaltet. Der Ausländerrat Dresden, der Dresdner Sportclub und der Verein Raddix wollen mit diesem Turnier auf alltäglichen Rassismus und andauernde Ausgrenzung aufmerksam machen: „Wir wollen nicht einfach so weitermachen. Wir wollen Marwa el-Sherbini nicht

vergessen. Täglich werden in Dresden Menschen diskriminiert, beleidigt, angegriffen und verfolgt. (...) Jedes Wochenende gehören rassistische, antisemitische, homophobe, sexistische, chauvinistische Hetzgesänge und Beleidigungen zum Repertoire der ‚Fangesänge‘ und sind auch auf dem Platz keine Seltenheit.“ Von Anfang an wendeten die drei Organisationen sich mit dem Turnier ausdrücklich gegen jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Über den Fußball sollen so viele Menschen wie möglich sensibilisiert und motiviert werden, sich für bunte Stadien und eine bunte Gesellschaft einzusetzen.

Neben Mannschaften wie Sportakuss Bunt, SpVgg Kräuter Fort, FC Beate Rehagel gehört auch der LSVD Sachsen zu den 24 teilnehmenden Teams. Landesvorstand Simon Günther erzählt: „Ich fand es eine super Idee, daran teilzunehmen und so auch mit dem Thema Homophobie präsent zu sein. Da wir als LSVD Sachsen kein eigenes vollständiges Team stellen konnten, habe ich die Leute vom Kulturverein Panoptikum gefragt, ob sie mit für uns antreten. Die sagten sofort zu. So besteht das Team LSVD Panoptikum also auch aus vielen Heterosexuellen.“ In den LSVD-Farben rot und weiß spielte mit Willi Richter bereits sogar ein ehemaliger Fußballer des Dynamo Dresden. Nicht nur Lesben und Schwule engagieren sich also gegen Homophobie und für den LSVD.

Während des Turniers rücken mit Ausstellungen und Infostand Rassismus, Homophobie, Sexismus und Antisemitismus in den Fokus, sowohl in Fußballstadien als auch im Alltag. Verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen können sich vernetzen und auch außerhalb des Sports gemeinsam für ein offenes und demokratisches Dresden streiten.

Wenn am 5. Juli 2014 wieder Anpfiff im Dresdner Heinz-Steyer-Stadion ist, geht auch der LSVD Panoptikum erneut an den Start. Bislang stehen zwei vierte Plätze in der Bilanz. Doch bei Sachsens buntestem Turnier gewinnt vor allem eins – die Vielfalt.

Markus Ulrich

Schwuler Schiedsrichter

Berliner Vereine fordern
Rote Karte für Homophobie



Foto: Sören Kohlhuber

Im Rahmen seines Projekts „Soccer Sound“ startete der LSVD Berlin-Brandenburg im November 2013 die Kampagne „Rote Karte für Homophobie“. Mittlerweile haben sich 14 Berliner Fußballvereine und der Berliner Fußball-Verband angeschlossen, um gemeinsam für einen Fußball ohne Ausgrenzung und Vorurteile zu werben. Nach Anzeigen in Berliner Fußballzeitungen und Stadionmagazinen, einem Workshop beim Fachtag für Vielfalt im Sport und einer Lesung mit der ehemaligen Bundesligaspielerin Tanja Walther-Ahrens war die Einladung des türkischen Fußballschiedsrichters Halil İbrahim Dinçdağ nach Berlin das bisherige Highlight. Sein Fall sorgte 2009 international für Aufsehen.

Klage gegen den Türkischen Fußballverband

In der Türkei dürfen Schiedsrichter keine körperliche Behinderung haben und müssen bei der Armee gewesen sein. Halil Dinçdağ wurde im Oktober 2008 zum Militärdienst eingezogen. Nachdem er sich dort als schwul outete, wurde er in die Militärmedizinische Akademie Gülhane verlegt und schließlich wegen „psychosexueller Störungen“ ausgemustert. Vor seiner Wiedereinsetzung als Schiedsrichter verlangte der Türkische Fußballverband nun Einsicht in die militärischen Unterlagen. Mit Verweis auf den nicht-abgeleisteten Militärdienst und die Ausmusterung aus gesundheitlichen Gründen wurde Dinçdağ kurz darauf suspendiert. Sein Antrag auf Wiederezulassung als Schiedsrichter wurde direkt der Presse zugespielt, so dass sich die Titelseiten der türkischen Zeitungen mit Berichten über einen homosexuellen Schiedsrichter überschlugen und später sogar seinen Namen veröffentlichten. Dinçdağ bezog daraufhin öffentlich Stellung im türkischen Fernsehen. Danach verlor er auch seinen Job als Radiomoderator, er ist bis heute arbeitslos. Der Landkreisverband Trabzon hat ihn inzwischen offiziell aus dem Schiedsrichterwesen ausgeschlossen.

Nach rund anderthalb Jahren Vorbereitung und einigen Schwierigkeiten mit der Deutschen Botschaft in der Türkei, die zunächst einen Visumantrag ablehnte, begrüßten wir Halil Dinçdağ im April 2014 endlich in Berlin. Neben vielen Interviews für Presse und Fernsehen konnte er auch endlich wieder seiner Lieblingsbeschäftigung nachgehen. Er war Schiedsrichter des ihm zu Ehren organisierten und vom Präsidenten des Berliner Fußball-Verbandes Bernd Schultz eröffneten Freundschaftsspiels zwischen Tennis Borussia und Türkiyemspor. Das Ergebnis des Spiels war beinahe nebensächlich, wichtiger war Halilis Dinçdağs Strahlen nach dem Spiel, ein unglaublich emotionaler Moment für alle Anwesenden.

Bei unserer Podiumsdiskussion in einem völlig überfüllten Kreuzberger Café zwei Tage später berichteten Daniela Wurbs von den „Football Supporters Europe“ und der Landtagsabgeordnete Hakan Taş über die Fan-Situation und deren Aktivitäten in der Türkei bzw. über die dortige Situation von Lesben, Schwulen und Transgender. Anschließend erzählte Halil Dinçdağ von seiner Leidensgeschichte vom Beginn seiner Militärzeit bis heute, und das Publikum bestürmte ihn mit Fragen. Für viele war das ein berührender und bedrückender Abend. Am Folgetag reiste Dinçdağ dann zum mitorganisierenden Kooperationspartner Roter Stern Leipzig weiter.

Halil Dinçdağ hat den Türkischen Fußballverband aufgrund der Weitergabe des Briefs an die Presse auf Schadensersatz und Schmerzensgeld verklagt. Der schon länger andauernde Prozess sollte eigentlich am 22. April mit der nunmehr 13. Verhandlung sein Ende finden. Dafür flogen auch zwei Vertreter aus Berlin und Leipzig mit Unterstützung des LSVD Berlin-Brandenburg nach Istanbul. Doch wegen der kurzfristigen Neueinsetzung einer Richterin wurde der Prozesstag nach 15 Minuten beendet und auf den 15. Juli vertagt. Es steht zu befürchten, dass nun der gesamte Prozess wieder von vorne beginnen muss und Halil noch viele weitere Monate vor Gericht bevorstehen.

*Torsten Siebert & Christian Rudolph Leitung „Soccer Sound“
mit Unterstützung von Olaf Steinmetz,
LSVD Berlin-Brandenburg: berlin.lsvd.de/projekte/soccer-sound/*

#HomoHeilerGate im Südharz

Fundamentalistischer Verein Leo mit Seilschaften in die CDU

Homosexualität genau wie Depression eine „psychische Erkrankung“? „Schritte aus einem zwanghaften Gefühl“ als Seminarangebot für Lesben und Schwule? Der Verein Leo aus dem Südharz möchte offenbar auch die Umkehr auf den heterosexuellen Pfad der Tugend begleiten. In seinem „wissenschaftlichen“ Beirat sitzt dann auch Gerard van den Aardweg. Für diesen Scharlatan ist Homosexualität lediglich neurotisches Selbstmitleid und von „Betroffenen“ zu bekämpfen. Nach monatelangen Recherchen und der Unterstützung durch das LSVD-Projekt Mission Aufklärung sowie durch den LSVD Sachsen-Anhalt veröffentlichte der MDR einen Beitrag über die gewagten wie gefährlichen Ansichten dieser sogenannten Gesellschaft für Lebensorientierung. Unter dem Schlagwort #HomoHeilerGate zog der Fall Kreise bis in die Spitze der Regierungspartei CDU.

Der Verein Leo wurde von Bernhard Ritter gegründet, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter und schon damals mit religiös-verbrämter Homophobie aufgefallen. Im Kuratorium sitzen mit dem ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten und heutigen Bundestagsabgeordneten Christoph Bergner, dem ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Scharf und seinem Nachfolger André Schröder prominente Gesichter der Partei von Ministerpräsident Haseloff. Wir vom LSVD Sachsen-Anhalt protestierten lautstark. Therapieangebote sind gefährlicher Unsinn und verunsichern insbesondere lesbische und schwule Jugendliche. Diese benötigen vielmehr Anerkennung und persönliche Unterstützung. Es ist die Pflicht der Landesregierung, für ein diskriminierungsfreies Umfeld zu sorgen. Die Denunzierung von Homosexualität als psychische Krankheit oder sündhaftes Laster ist alles andere als hilfreich. Eine Unterstützung durch CDU-Prominenz? Unglaublich!

Alte Bande, krude Thesen

Angesichts einer von der Fraktion Die Linke beantragten aktuellen Stunde zum Thema demonstrierten wir spontan vor dem Landtag. Während der Debatte sprachen sich Abgeordnete aller Parteien einmütig gegen die vermeintlichen Heilungsangebote für Lesben und Schwule aus. Auch die Landesregierung betonte in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass Homosexualität weder einer Therapie bedarf noch zugänglich ist. Vielmehr sei es wichtig, „homosexuelle Menschen, sofern dies nötig ist, therapeutisch dahingehend zu begleiten, dass sich bei ihnen eine selbstbewusste sexuelle Identität entwickelt“. Zudem fände eine Überprüfung der Anerkennung von Leo als Träger der freien Jugendhilfe statt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband reagierte umgehend auf unsere Forderung nach einem Ausschluss von Leo. Solche Therapieangebote stimmen nicht mit dem Leitbild von Offenheit und Toleranz überein. Die Mitgliedschaft von Leo wurde kurzerhand gekündigt. Dagegen klagt der Verein nun. Hoffentlich erfolglos. Bemerkenswert war die deutliche Kritik von Seiten der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland. Landesbischöfin Ilse Junkermann unterstrich: „Als Landeskirche halten wir die These, dass Homosexualität heilbar ist, nicht für haltbar. Ich bin überzeugt, dass Homosexualität mit zur guten Schöpfung Gottes gehört.“

Keine Gemeinnützigkeit

Anbieter solcher Therapieangebote finanzieren sich überwiegend durch Spenden. Die Gemeinnützigkeit ist somit Existenzgrundlage. Träger wie Leo sind aber nicht gemeinnützig, sondern gefährlich. Die staatlichen Stellen müssen in diesen Fällen die Gemeinnützigkeit aberkennen. Für Homophobie darf es keine Förderung geben.

Die CDU-Prominenz im Kuratorium reagierte mit eiligen wie halbherzigen Abgrenzungen. Ihr Verweis auf die vielseitigen Angebote des Vereins in Sachen Jugend- und Gemeindeförderung macht die Sache nicht besser, sondern lässt vielmehr die Reichweite des Vereins erahnen. Lediglich Schröder hat seinen Sitz inzwischen aufgegeben. Für die anderen beiden ist Homophobie offensichtlich nicht Grund genug, ihre Unterstützung einzustellen. Was das Verhältnis von CDU und Homoheilung angeht, bleibt ein unangenehmer Beigeschmack. Für uns ist klar: Glaubwürdig wäre eine Distanzierung nicht nur mit einem Austritt aus dem Verein, sondern auch mit einer Zustimmung der CDU zum Aktionsplan für Vielfalt. Denn nicht Homosexualität, sondern Homophobie ist heilbar.

Martin Pfarr



Ilse Junkermann: Homosexualität ist gute Schöpfung Gottes

Ermutigende Offenheit im Saarland

Respekt für Vielfalt gehört zum Bildungsauftrag

Für uns vom LSVD Saar hat sich ein Kreis geschlossen, als im März der Sexualpädagoge Prof. Stefan Timmermanns im Ministerium für Bildung und Kultur vor vollem Haus darüber sprach, wie Homophobie im schulischen Kontext nachhaltig bekämpft werden kann. Denn bereits 2006 auf dem LSVD-Verbandstag berichtete er über die bisweilen dramatischen Coming-out-Erfahrungen von Jugendlichen. Von den wenigsten wurde die Schule als Ort der Unterstützung erfahren. Mobbing durch Mitschülerinnen und Mitschüler, hilflose Lehrkräfte und die Ignoranz oder Abwertung von nicht-heterosexuellen Lebensweisen gehörten zum schulischen Alltag. Sein Fazit: Aufklärung schafft Akzeptanz. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen müssen verstärkt in Gesellschaft und vor allem aber der Schule thematisiert werden. Dabei zählte er auch auf die Arbeit des LSVD. Das hat uns damals tief beeindruckt und so setzten wir einen unserer Schwerpunkte auf diesen Themenkomplex. Heute können wir die Erfolge vorweisen.

So haben wir im Verbund mit pro familia, der AIDS-Hilfe Saar, der Arbeiterwohlfahrt des Saarlandes, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem Diakonischen Werk gefordert, die Sexualerziehung an Schulen den gesellschaftlichen Entwicklungen und der modernen Lebenswelt anzupassen. Die von uns mit-überarbeiteten Richtlinien wurden 2013 sogar einstimmig von der Landesregierung verabschiedet. Sie gelten nun als die fortschrittlichsten Unterrichtsvorgaben im Bundesgebiet und wurden der Öffentlichkeit von Bildungsminister Ulrich Commerçon im LSVD-Checkpoint übergeben.

Bereits die Präambel verdeutlicht, dass Respekt für Vielfalt zum Bildungsauftrag an saarländischen Schulen gehört. Die fächerübergreifende Sexualerziehung soll ausdrücklich dazu beitragen, vorhandene Vorurteile abzubauen und zu Toleranz zu erziehen. Hetero-, Homo- und Bisexualität gelten als „gleichwertige Ausdrucksformen des menschlichen Empfindens und der sexuellen Identität“. Auch Trans- und Intersexualität werden zukünftig Thema im Unterricht. In Fächern wie

Deutsch, Fremdsprachen, Kunst, Geschichte, Ethik oder Sozialkunde soll auf Emanzipationsbewegung und Alltag, zunehmende Gleichstellung und fortbestehende Diskriminierungen eingegangen werden. Nicht-heterosexuelle Lebensweisen sind selbstverständlicher Teil der schulischen Auseinandersetzung mit Verschiedenheit, Freundschaft und Liebe. Es sind ironischerweise die homophoben Gegnerinnen und Gegner, die Homosexualität auf Sexualpraktiken reduzieren. Wie sonst ist es zu erklären, dass sie das Thema, wenn überhaupt, nur kurz im Biologieunterricht behandeln wollen?

Schulung für die Lehrkräfte

Zur Umsetzung der Richtlinien und für weitergehende Informationen stehen Ansprechpersonen in Institutionen mit sexualpädagogischen Angeboten zur Verfügung. Seit 2013 bietet der LSVD Saar auch ein Aufklärungsprojekt für Schulen, welches eingeladen werden kann und die persönliche Begegnung und Nachfragen ermöglicht. Darüber hinaus sind alle Lehrkräfte aufgerufen bei Mobbing und Diskriminierung zu intervenieren. Im Rahmen dieser Sensibilisierung und Schulung fand dann auch der Vortrag von Timmermanns statt. Die Anwesenheit des Ministers Commerçon, einigen Landtagsabgeordneten sowie von Vertreterinnen und Vertretern des Landesinstituts für Pädagogik und Medien, der Gesamtlandesschülervertretung, des Lehrerinnen- und Lehrerverbands und unseren Kooperationspartnern wie AWO, AIDS-Hilfe und pro familia sowie zahlreichen Lehrkräften zeigen uns: Das Thema ist im Saarland angekommen und findet breite Zustimmung und Rückendeckung von Zivilgesellschaft, Verbänden und Landesregierung.

Angesichts der so unheimlichen wie homophoben Allianz von streng-gläubigen Evangelikalen, rechtspopulistischen Initiativen sowie FDP und CDU in Baden-Württemberg sollten wir uns also nicht entmutigen lassen, Vielfalt und Respekt in die Schule zu bringen. Der Weg lohnt sich.

Hasso Müller-Kittkau



Selbstbestimmt Leben

LSVD-Arbeitsgruppe „Homosexualität und Alter“

Nicht nur wer jung ist oder in der Mitte des Lebens steht, möchte über sein Leben entscheiden. Auch ältere Lesben und Schwule wollen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben.

Die Biographien der heute über 60-Jährigen sind geprägt von einer Zeit der strafrechtlichen Verfolgung und gesellschaftlichen Ächtung – Erfahrungen, die zu Angst und Scham, aber auch zu Revolte und Stolz führten. Das prägt ihr Selbstbild und Verhalten bis heute. Die meisten Angebote im Alten- und Pflegebereich sind darauf zu wenig eingestellt. Viele Einrichtungen sind zudem in kirchlicher Trägerschaft, wo bereits die lesbischen oder schwulen Angestellten nicht offen sein können, ohne eine Kündigung zu riskieren.

Eine der größten Probleme sind fehlende zwischenmenschliche Kontakte, sei es aufgrund eingeschränkter Mobilität, des Verlustes der Partnerin bzw. des Partners, eines eingeschränkten Freundeskreises oder mangelnder Angebote aus der Community. Eigene Kinder, die oft bei heterosexuellen Menschen Ansprechpartner sind, haben viele nicht. Umso wichtiger sind Selbsthilfestrukturen und Treffpunkte für ältere Lesben und Schwule. So gibt es zum Beispiel in Stuttgart die auch vom LSVD mitorganisierte Gruppe „Gay & Gray“. Die regelmäßigen Treffen sind für die Teilnehmenden eine wichtige Stütze im Alltag.

Städte und Kommunen müssen über Unterstützungsnetzwerke oder etwa Nachbarschaftsnetze und Besuchsdienste für ältere Homosexuelle informieren und diese auch fördern. Doch was ist mit all denen, die sich nicht mehr selbstständig versorgen können und auf Angebote der ambulanten und stationären Altenhilfe zurückgreifen müssen? Bisher gibt es nur in wenigen Städten Einrichtungen und Wohnformen, die sich explizit an Lesben und Schwule richten. So plant der LSVD Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam als Teil seiner Altenarbeit ein Generationenhaus aufzubauen, in dem Jung und Alt zusammenleben und aufeinander acht geben. Dort soll es auch Plätze für pflegebedürftige Menschen geben. Doch der Bedarf ist sicher nicht nur dort höher als das Angebot. Folglich muss die vorhandene Infrastruktur offener werden und sich explizit auch an Homosexuelle richten.

Wie könnte solch ein inklusives Pflege- und Altenheim aussehen? Es ist ein Ort, an dem Lesben und Schwule ihre Biographien und eventuelle Lebenspartnerinnen und -partner nicht verschweigen müssen, sondern genauso wertgeschätzt werden. Es ist ein Ort, an dem sie vor Ausgrenzung durch andere Bewohnerinnen und Bewohner geschützt sind. Es ist ein Ort, an dem es Kultur- und Freizeitangebote für ältere Lesben und Schwule gibt. Dafür könnten unterschiedliche Heime auch gemeinsame Veranstaltungen oder Treffpunkte anbieten. Kurzum: Es ist ein Ort, an dem Lesben und Schwule offensiv und sichtbar willkommen sind.



Gay & Gray Stuttgart und München auf dem Oktoberfest

Dafür müssen Mitarbeitende und Pflegepersonal für das Thema durch Curricula, Aus- und Fortbildungen sowie Lehrbücher für Pflegeberufe sensibilisiert werden. Regenbogenkompetenz muss in die Zertifizierung der Altenhilfe einfließen und auf Best-Practice-Beispiele muss hingewiesen werden – etwa durch die Auszeichnung „Regenbogenschlüssel“ der niederländischen Organisation Roze 50+, die jüngst an zwei Frankfurter Häuser vergeben wurde.

Leitlinien für schwul-lesbische Seniorenarbeit

Dafür sollte bei den Trägern von Alten- und Pflegeeinrichtungen, den Seniorenbeiräten, Wohlfahrtsverbänden und der Politik geworben werden. So hat der LSVD Sachsen-Anhalt an der Ausgestaltung der senienpolitischen Leitlinien der Stadt Magdeburg mitgearbeitet. Bundesweit sind aber auch das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) wichtige Ansprechpartner.

Die Anknüpfungspunkte sind vielfältig, einige LSVD-Landesverbände arbeiten bereits zu dem Thema. Es ist daher sinnvoll, diese Erfahrungen in einer Arbeitsgruppe zu bündeln. Interessierte sich herzlich eingeladen, sich an Theo Kempf vom LSVD Hessen und Martin Pfarr vom LSVD-Bundesvorstand zu wenden. Denn wie heißt es in unserem Programm: Die Interessen von älteren Lesben und Schwulen sind in allen Bereichen der Senienpolitik und der Altenhilfe zu berücksichtigen.

Markus Ulrich

*LSVD-Arbeitsgruppe „Homosexualität und Alter“
Kontakt: Martin Pfarr (Martin.Pfarr@lsvd.de) und
Theo Kempf (Theo.Kempf@lsvd.de)*

Regenbogenfamilien- freundliche Stadt

Damit sich alle Familien zuhause fühlen

Familienkarte im Museum für Vater, Mutter, Kind? Formulare, die erstmal handschriftlich korrigiert werden müssen, um richtig ausgefüllt werden zu können? Neben der großen fehlenden Gleichstellung im Adoptions- und Abstammungsrecht sind es solche kleinen Begebenheiten, die Regenbogenfamilien den Alltag erschweren und signalisieren, wer als „richtige“ Familie gilt. Gesetzliche Regelungen sind Bundesangelegenheiten, aber bei der Anerkennung von Regenbogenfamilien müssen auch Städte und Kommunen Verantwortung übernehmen.

Sie können zum Beispiel die Familiengründung von Lesben und Schwulen erleichtern. So haben lesbische Paare in Deutschland keinen verbürgten freien Zugang zu den Dienstleistungen von Samenbanken. Eine Kooperation ist eine Frage des guten Willens der Samenbank. Die Stadt könnte über ortsansässige Fertilisationszentren und gynäkologische Praxen informieren, die lesbische Paare mit Kinderwunsch unterstützen. Auch bei der Suche nach Pflegeeltern sollten Lesben und Schwule von den Behörden explizit angesprochen werden. Bei der rechtlichen Absicherung können Städte die Jugendämter über die wesentlichen Unterschiede zwischen der Stiefkindadoption in herkömmlichen Fällen und bei in lesbischen Lebensgemeinschaften geborenen Wunschkindern aufklären. Die Übertragung der Stiefkindadoption auf diese Fälle ist nur der fehlenden Gleichstellung im Abstammungsrecht geschuldet. Wenn die Stadtverwaltung hier deutlich Position bezieht, fühlen sich die zuständigen Mitarbeitenden ermutigt, ihre Ermessensspielräume etwa bei der bislang auf ein Jahr festgesetzten Adoptionspflegezeit positiv zu nutzen. Die Sensibilisierung des städ-

tischen Verwaltungspersonals durch Aus- und Fortbildungen ist generell erforderlich. Denn Erfahrungen zeigen, dass Regenbogenfamilien manchmal kompetente Angestellte treffen, aber viele Mitarbeitende in Jugend-, Gesundheits-, Schul- und Standesämtern haben wenig Erfahrung. Zudem sollten sich die Familien in den Formularen der Stadt wiederfinden können. Statt dort selbstverständlich von Mutter und Vater auszugehen, wäre die Frage nach den Eltern eine passende Alternative.

Familiengründung unterstützen

Regenbogenfamilien befürchten zu Recht, dass ihre Kinder im (vor-)schulischen Umfeld Schwierigkeiten bekommen könnten. Städte sind oftmals auch Träger von Kindergärten und Schulen. Als Arbeitgeber haben sie es daher in der Hand, dass das pädagogische Personal zum Thema Familienvielfalt aus- und fortgebildet wird. Es ist wichtig, dass diese etwa bei der Anmeldung oder den Elternversammlungen offen mit gleichgeschlechtlichen Eltern umgehen und bei Fragen oder Mobbing in ihrer Gruppe souverän reagieren. Allen Kitas und Schulen könnten zudem Spiele, Bücher oder Medienkoffer zur Verfügung gestellt werden, die die Vielfalt der Familien widerspiegeln. So hat der LSVD Berlin-Brandenburg etwa eine Handreichung für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zum Thema „Mobbing an Grundschulen – Geschlechtsrollenverhalten und Regenbogenfamilien“ erstellt. Solchen Infoservice brauchen wir auch für die Freizeitangebote der Stadt wie Sportvereine, Musikschulen und Jugendclubs.

Neben den allgemeinen Angeboten für Familien nutzen Regenbogenfamilien häufig auch auf sie spezialisierte Beratungseinrichtungen. Diese gilt es folglich auf- bzw. auszubauen und zu sichern. Neben Ansprechpersonen für Regenbogenfamilien in den Familienzentren bietet es sich insbesondere in Großstädten und Ballungsräumen an, ähnliche Einrichtungen wie das Berliner LSVD-Regenbogenfamilienzentrum zu etablieren.

Gerade auch Kampagnen und Veranstaltungen machen deutlich, dass Städte an der Seite von Regenbogenfamilien stehen. So will zum Beispiel Stuttgart regenbogenfamilienfreundlicher werden und lädt gemeinsam mit dem LSVD Baden-Württemberg am 12. Juli zum Regenbogenfamilientag ins Rathaus. Die dort erarbeiteten Forderungen werden danach den Verantwortlichen in den Stadtratsfraktionen sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung im Beirat für Gleichstellungsfragen vorgestellt. Mit solchen Aktionen können Städte zeigen: Familie ist da, wo Kinder sind. Familie ist Vielfalt.

Markus Ulrich

Regenbogenfamilientag in Stuttgart

12.07.2014, 11.00-16.00 Uhr,
Teilnahmegebühr 10,-€ pro Familie

eine gemeinsame Veranstaltung
der Stadt Stuttgart und des LSVD
Baden-Württemberg
www.ba-wue.lsvd.de

Wir trauern um Corrie Peters

Nachruf

Am 6. Februar starb Corrie Peters. Erst im Januar war er mit einer Einladung zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten in Schloss Bellevue in Berlin für seine besonderen Verdienste um das Gemeinwohl geehrt worden. Corrie ist ganz plötzlich gestorben, er klagte über Kopfschmerzen, eine Hirnblutung führte zum Tod. Corrie wurde nur 49 Jahre alt. Er war spastisch gelähmt, Rollifahrer, in der Community fest verankert. Sein soziales und ehrenamtliches Engagement waren herausragend und vorbildlich.

Er hatte den Verein „Richtig am Rand“ gegründet, ein offener Kreis von LSBT mit Behinderung, deren Ziele die Vernetzung, das Überwinden des Lebens als Randgruppe in der Randgruppe und der Mehrfachdiskriminierung sowie der Abbau von Barrieren auf den Straßen und in den Köpfen sind. Corrie machte auch bei der HIV-Präventionskampagne IWWIT der Deutschen Aidshilfe mit und war seit 2005 Mitglied im LSVD. Sein Engagement brachte ihm großen Respekt ein, wovon nicht zuletzt die Einladung des Bundespräsidenten zeugte.

Corrie war auch ein regelmäßiger Besucher unserer Verbandstage, zu denen er immer mit seinem Betreuer Andreas Schnier anreiste. Er sensibilisierte und beriet uns in Fragen der Barrierefreiheit, gerade was die Veranstaltungsorte unserer Verbandstage angeht. Er war es, der das LSVD-Team vor Jahren darauf hinwies, wie wichtig es ist, nicht nur die organisatorischen Hinweise zu Hotels, Gastronomie und Kinderbetreuung, sondern eben auch zu den baulichen Gegebenheiten am Ort des Verbandstages an die Mitgliedschaft zu verschicken.

Corrie beschwerte sich zu Recht bei uns Mitarbeitenden, wenn er etwa im Rathaus Schöneberg den barrierefreien Hintereingang nicht finden konnte und sich dann auch noch in den verwinkelten Fluren heillos verfuhr. Wir haben von Corrie viel gelernt, er hat uns klar gemacht, was Mobilitätseinschränkung und beeinträchtigte Teilhabe konkret bedeuten. Folglich war er auch Beauftragter des LSVD NRW für LSBT mit Behinderung. Der LSVD hat Corrie viel zu verdanken, wir werden ihn vermissen.

Klaus Jetz



Ja, ich will gleiche Rechte

Ja, ich trete in den LSVD ein

Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von

10€ 15€ 30€ €

*Monatlicher Regelbeitrag 10€, für Nichtverdienende 2,50€

Einzugsermächtigung

Mein Mitgliedsbeitrag soll viertel-/halb-/jährlich von meinem Girokonto abgebucht werden.

Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden.

Kreditinstitut (Name & BIC):

IBAN: DE | | | | | |

Kontoinhaber/in:

Name:

Anschrift:

Tel.: Geb.-Datum (optional):

Ort, Datum, Unterschrift:

Lesben- und
Schwulenverband
Postfach 10 34 14
50474 Köln

Da ist noch Lust nach oben!

Der CSD SaarLorLux 2014

Vom 27. bis 29. Juni und damit einen Monat früher als üblich veranstaltet der LSVD Saar den grenzüberschreitenden CSD SaarLorLux. Trotz aller Fortschritte in der Gesetzgebung gibt es noch zahlreiche Ziele und den unbändigen Willen der Aktivist_innen, bis zur völligen Gleichstellung zu kämpfen.

Der CSD beginnt am Freitagabend mit der Kirmes-Disco im History und der weiteren Warm-Up-Party im Blau. Zum Straßenfest am Samstag und Sonntag wird sich die Mainzer Straße in eine Regenbogenallee verwandeln. Auf der traditionellen Podiumsdiskussion am Samstag mit saarländischen Landespolitikern_innen wird es gerade darum gehen, inwieweit Beschlüsse der Politik im Alltag auch tatsächlich gelebt werden.

Live-Acts auf der Bühne sind unter anderem Daphne de Luxe, die Lentzen Band, die Gaydelight-Kultband Die Grafenberger, Viviens Helene Fischer Show sowie Nick & June. Zudem wird ein viel umjubeltes Heimspiel von Melitta van Cartier erwartet. Kochend heiß wird es am Samstagabend bei der Gay Pride Party in der Garage. Die große Parade durch die Saarbrücker Innenstadt am Sonntag startet in diesem Jahr an der Ludwigskirche.

Date mit dem Bischof

Bischof Ackermann stellt sich unseren Fragen

Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und unserer Community ist angespannt. Mitarbeiter_innen dürfen sich nicht outen, wollen sie ihren Job nicht riskieren. Eine vollständige rechtliche Gleichstellung Homosexueller lehnt die Kirche strikt ab.

Dazu und zu Euren Fragen wird Bischof Dr. Stephan Ackermann (Bistum Trier) in einem moderierten öffentlichen Gespräch Stellung nehmen. Stellt eure Fragen via bischof@checkpoint-sb.de, über Facebook (LSVD Saar) und bei Twitter (#BischofLSVD). Aufgrund der großen Nachfrage gibt es die Tickets jetzt schon an allen bekannten Vorverkaufsstellen!

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 16. Juli, um 19:00 Uhr in der Saarbrücker Congresshalle statt.

Deutsch, Mathe, Homosexualität

Fast 100 Besucher wollten Prof. Timmermanns sehen



Großes Interesse gab es am Vortrag von Prof. Timmermanns zum Thema „Schulische Bildungsarbeit zu sexueller Vielfalt“. Der LSVD Saar hatte ins Saarbrücker Bildungsministerium eingeladen. In seinem Grußwort sagte Bildungsminister Commerçon, dass es bei schulischer Aufklärungsarbeit zu Homosexualität nicht, wie von Kritikern behauptet, um „Indoktrination“ ginge. Das Gegenteil wäre der Fall. Mehr dazu auf Seite 23.

Grußwort, Vortrag und Diskussion gibt es in voller Länge im YouTube-Kanal des LSVD zu sehen. Einfach den QR-Code scannen, oder:

<http://bit.ly/1jxEsFg>



Redaktion: Robert Hecklau, Christian Langhorst - Facebook: LSVD Saar e.V.
LSVD Saar, Mainzer Straße 44, 66121 Saarbrücken - saar.lsvd.de
Telefon: 0681 / 39 88 33 - Mail: info@checkpoint-sb.de



langweilig
ist
anders

Wir beraten Sie fachmännisch!

ALBAN HOLL GMBH SCHMUCK AUGENOPTIK SEHBERATUNG

Pickardstr. 23 · Püttlingen · Tel. (06898) 67264

switch
it

finally-gay.com

GARAGE • SAARBRÜCKEN

Finally

PARTY FOR GAYS, LESBIANS & FRIENDS

jeden 2. Samstag im Monat 22.00 Uhr

www.facebook.com/FinallyGay

И ПОМОГИ МНЕ ВЫЖИТЬ



taz Rad vor Brudekuss, Gemälde von Dmitri Wrubel, East Side Gallery, Berlin 2014



20 Jahre taz.rad

www.taz.de/rad

VELOVILLE

taz.die tageszeitung